

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements - Preis pränumerando: Vierteljährlich 3.00 RM., monatlich 1.10 RM., wöchentlich 35 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf., Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf., Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Postabonnements sind in die Post-Verwaltung einbezogen. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.60 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements rechnen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Norwegen, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Äquivalent 60 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf., (zulässig 2 festgedruckte Worte) jedes weitere Wort 10 Pf., Stellenangebote und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3.

Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Donnerstag, den 8. Oktober 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3.

Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

# Die Stadt Antwerpen wird beschossen.

## Westlicher Kriegsschauplatz.

### Die Beschießung Antwerpens.

Frankfurt a. M., 7. Oktober. (W. L. V.) Die „Frankf. Zeitung“ meldet aus Amsterdam vom heutigen Tage: „Nieuws van den Dag“ meldet aus Rozendahl: Heute früh um 1/8 Uhr ließen die Deutschen durch eine Stafette anfragen, daß um 1/10 Uhr die Beschießung der Stadt Antwerpen beginnen werde. Die Reaktion ist um 1/12 Uhr nach Ostende übergesiedelt; der König blieb in der Stadt. Zahlreiche Flüchtlinge sind infolge dieser Ankündigung an der holländischen Grenze angekommen.

### Die Kämpfe vor Antwerpen.

Von der holländischen Grenze, 6. Oktober. Dem „Raasbodem“ wird aus dem belgischen Grenzort Putte unter dem 6. Oktober gemeldet:

Heute früh wurde in dem Reibelgebiete heftig gekämpft. Wahrscheinlich sind die Deutschen von Wavre und Waelhem in nördlicher Richtung vorgerückt. Von da aus beginnen sie bereits die Beschießung in der Richtung auf Antwerpen. Von vertrauenswürdigem Leuten, die aus Contich und Zertsoer, drei oder vier Kilometer von der Stadt Antwerpen, angekommen sind, vernahmen wir, daß die Schrapnell schon heute früh an vielen Orten größere Verheerungen anrichteten. Daraus ist zu ersehen, daß die Deutschen schon dicht bei der Stadt Antwerpen angelangt sind. Das Hülfskorps, das namentlich zwischen Sint und Pierre Aufstellung genommen hat, beginnt schon seit zwei Tagen eine rückwärtige Bewegung. Einsteilen ist das ganze belgische Feldheer in dem Gebiete zwischen Antwerpen, Pierre und der Scheide zusammengezogen. In diesem Raume ist ein heftiger Kampf im Gange.

### Die Franzosen über die große Schlacht.

Paris, 7. Oktober. (W. L. V.) Das amtliche Communiqué von gestern Abend 11 Uhr besagt:

Die Kennzeichen der Lage sind noch immer dieselben. Auf unserem linken Flügel nördlich der Duse wird der Kampf immer heftiger. Im Zentrum herrscht verhältnismäßige Ruhe. Auf dem nördlichen Teile der Raasböhden haben wir etwas Terrain gewonnen.

### Englische Pressstimmen.

London, 7. Oktober. (W. L. V.) „Times“ melden aus Paris: Obwohl der Feind hier und da Glück gehabt hat, ist die moralische Haltung der französischen Truppen nicht erschüttert. „Daily Telegraph“ meldet: Die Kämpfe in Frankreich werden zweifellos Woche für Woche heftiger. Falls es nicht mehr möglich sein, eine umgehende Bewegung zu machen. Man wird einen Nahkampf erleben, der an die Belagerungsoperationen mit Parallelgräben und Fortifikationen erinnert, die nur zwanzig Meter voneinander liegen. Das wird unzweifelhaft der größte und furchtbarste Abschnitt des großen Krieges.

## Vom österreichisch-russischen Kriegsschauplatz.

### Kämpfe in den Karpathen.

Ryegghaza, 7. Oktober. (W. L. V.) Eine amtliche Meldung aus Ruschik besagt:

Die österreichisch-ungarischen Truppen stehen seit Montag mittags bei Legio mit den Russen im heftigen Kampf. Den Russen wurden ihre Positionen entzogen. Bei Kordöfalva fand ebenfalls ein heftiger Kampf statt und endete mit einem vollständigen Siege. Die Russen wurden vernichtet oder gefangen. Hier bildeten 2000 polnische Legionäre die Vorhut.

### Die Riesenschlacht in Galizien.

London, 6. Oktober. Aus Petersburg erhält die „Times“ Nachrichten, daß man jetzt unmittelbar vor großen militärischen Ereignissen in der Gegend um Krakau stehe. Galizien würde der Schauplatz für die größte Schlacht in diesem Kriege werden. Dorthin rücken die deutschen Armeen in Eilmärschen und die Österreicher konzentrieren dort die Hauptmasse ihrer Truppen zwischen Breslau (?) und Krakau, so daß sie auch auf dem rechten Ufer der Weichsel vorwärts rücken und die Russen zwingen können, entweder den Rückzug aus Galizien anzutreten oder sich zu einer offenen Feldschlacht zu stellen.

Die Deutschen stehen sicher in enger Verbindung mit der österreichischen Heerleitung, und ihre Kämpfe in Ostpreußen haben nur den Zweck verfolgt, die Aufmerksamkeit der Russen von dem Standplatz der zukünftigen großen Schlacht fortzulenken. Deutschlands Schicksal würde an dem Punkte entschieden werden, wo die drei Kaiserreiche zusammenstoßen. Hier rücken die Russen auf zwei Linien vorwärts und man glaubt, daß es ungefähr zwanzig Armeekorps sind. Wenn es den Deutschen nicht glückt, hier die russische Sturmflut aufzuhalten, so würden die Russen hinter den Verteidigungswerten an der Oder nach Deutschland eindringen. Ergänzt wird dazu dem „Giornale d'Italia“ aus Petersburg gemeldet, in der Gegend von Krakau stehe eine große Schlacht zwischen Russen und Österreichern bevor. Die Russen seien eine Million Mann stark mit einer mächtigen Artillerie.

### 8000 Russen bei Uzfok gefallen.

Budapest, 7. Oktober. (W. L. V.) Dem amtlichen Bericht zufolge haben unsere Truppen die in Maramaros Sziget eingebrochenen russischen Heeresteile geschlagen und bereits bis Nagybockslo verfolgt. Die Verwaltungsbehörden werden im Laufe des heutigen Tages die amtliche Tätigkeit wieder aufnehmen. Die Verteidigung der in dem jüngsten Kampfe bei Uzfok gefallenen Russen dauert fort. Bisher wurden achttausend Russenleichen begraben.

## Oestlicher Kriegsschauplatz.

### Die Lage in Ostpreußen.

Königsberger Blättern übermittelte Wolffs Telegraphenbureau eine Auslassung von zuständiger Seite, in der es u. a. heißt:

Durch solche Gerüchte über den Ausgang des siegreichen Gefechtes bei Augustowo und durch aus betriebswirtschaftlichen Gründen angeordnete Maßnahmen der Eisenbahnverwaltung ist in einigen, selbst von der Grenze weiter abgelegenen Bezirken eine erneute Fluchtbewegung der Bevölkerung entstanden. So begreiflich auch angesichts dessen, was weite Teile der Provinz haben durchmachen müssen, Nengstlichkeit und Nervosität bei der Bevölkerung ist, so muß doch vor Ueberreaktion und Kopflosigkeit auf Grund unüberlegter und in der Regel falscher Gerüchte dringend gewarnt werden. Wer seine Wirtschaft und Bohnung ohne zwingende Veranlassung in übertriebener Nengstlichkeit verläßt, kann, auch wenn kein feindlicher Einbruch erfolgt, nicht erwarten, sie in erträglichem Zustande wiederzufinden. . . . Bei einer Massenflucht mit der Eisenbahn kann trotz aller Bemühungen der Behörden für Verpflegung während der Reise und Einquartierung nach Eintreffen vielfach nicht gesorgt werden, wodurch für Kinder und schwächliche Personen schwerer Schaden entstehen kann. Nach alledem kann eine übereilte Flucht, abgesehen von dem zu erwartenden Verluste der Habe, für Leben und Gesundheit mehr Gefahr bringen als das Bleiben selbst beim Einbruch des Feindes.

Unbedingt muß freilich zur rechtzeitigen Entfernung bei wirksamen, aber nicht bei nur gerüchtweise drohendem Herannahen des Feindes den männlichen Personen geraten werden, welche als wehrfähig in Betracht kommen, weil die russischen Truppen angewiesen sind, sie, wenn sie ihrer habhaft werden, als Kriegsgefangene fortzuführen. Mehrere tausend jüngerer und älterer Leute sind so bei dem feindlichen Einfall in der Provinz von den russischen Truppen mitgenommen worden, und viel Sorge undummer ist dadurch in zahllose Familien gebracht. Immerhin kann diesen die Tatsache zum Trost dienen, daß diese fortgeschickten wehrfähigen Leute von Rußland als Kriegsgefangene betrachtet werden und daß die Nachrichten über die Behandlung der Kriegsgefangenen in Rußland bisher im allgemeinen nicht ungünstig sind. Die Angehörigen können also mit Sicherheit hoffen, auch diese Kriegsgefangenen nach Beendigung des Krieges wohlbehalten wiederzusehen. . . .

Nach dem Siege bei Augustowo hat sich die Kriegslage an unserer Grenze so günstig gestaltet, daß wir, soweit sich im Kriege überhaupt etwas voraussehen läßt, größere feindliche Einbrüche nach Ostpreußen nicht zu befürchten haben. . . .

Nach einer Mitteilung im „Evangelischen Gemeindeblatt“ ist bei dem Einfall der Russen in Ostpreußen kein evangelischer Geistlicher getötet worden. Auch der Pfarrer Horn in Scharenfen, der nach einer Meldung von den Russen erschossen sein sollte, ist von seiner Verwundung genesen.

### Arztmangel in Ostpreußen.

Schon vor einigen Wochen haben die ostpreussischen Behörden öffentlich darum gebeten, daß Ärzte sich in den auf dem platten Lande gelegenen ostpreussischen Orten niederlassen mögen. Ob diese Aufforderung den gewünschten Erfolg hatte, ist nicht bekannt. Die von den Behörden angebotenen Vergütungen von den Behörden neben Erstattung der Reisefkosten freie Wohnung und 25 M. pro Tag. Dafür müssen sie zahlungsunfähige Patienten umsonst behandeln.

## Um die Nahrungsmittel.

Während die Verwaltung des Kriegswesens mit eiserner Energie ihre Maßnahmen auch im Innern durchsetzt, kann man das gleiche nicht von der Zivilverwaltung behaupten. Und doch kommt hier ein Gebiet in Frage, auf dem rücksichtslose Energie notwendig ist, wenn nicht die schwersten Schäden für das Gemeinwohl eintreten sollen. Wir meinen die Vorforgelänge für die Ernährung der Bevölkerung, die rationelle Verwendung aller verfügbaren Nahrungsmittel.

In erster Linie kommt das Brotkorn in Betracht. Dank der günstigen Ernte und dem Umstände, daß der Krieg in einem Moment ausbrach, wo es noch möglich war, die übliche Verschleppung deutschen Getreides nach dem Auslande zu verhindern, ist Deutschland so ziemlich versorgt. Wie lange der Vorrat ausreichen kann, darüber liegen noch immer keine zuverlässigen Schätzungen vor.

In Betracht zu ziehen ist, daß eines der Gebiete, welche Ueberflus über den eigenen Bedarf abzugeben haben, Ostpreußen, durch das Eindringen des Feindes Schaden gelitten hat. Diese Provinz erzeugt annähernd 7 Proz. des gesamten Roggens in Deutschland, während ihre Bevölkerung 3 Proz. der Gesamtbevölkerung Deutschlands beträgt. Ist es richtig, daß ein wesentlicher Teil der Ernte Ostpreußens von den russischen Truppen verbrannt und verwüstet worden ist, so ist das ein Verlust, der ins Gewicht fällt. Um so mehr ist also äußerste Sorgfalt bei der Verwertung der Vorräte notwendig.

Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus? Es wird ganz zweifellos Roggen als Viehfutter benutzt. Ein Beispiel: der „Bremer Bürgerzeitung“ wird aus Ribbentode gemeldet, daß dort per Eisenbahn mehrere hundert Säcke Roggenmehl zugeführt wurden, die für die Schweinemästereien bestimmt sind. Man verwende eben Roggenmehl statt Gerstenmehl, weil der Preis, wenn man den Nährstoff in Betracht zieht, der gleiche ist. Aus dem Posenischen erfahren wir, daß dort ungedroschener Roggen zu Häckel geschnitten und an die Pferde verfüttert wird. Man spart so die Arbeit beim Trusch und erweist Hafer, den man kaufen würde, durch Roggen, den man zur Hand hat. Für den einzelnen Landwirt mag das rationell sein, aber für die Allgemeinheit entsteht ein unersehlicher Schaden.

Das Hauptfuttermittel sind unter den gegebenen Umständen die Kartoffeln, die jetzt geerntet werden müssen. Den Berichten nach ist zwar keine so große Ernte wie im Vorjahre zu erwarten, aber immerhin eine gute Durchschnittsernte. Es ist eine der allerwichtigsten Aufgaben, daß die Kartoffeln mit aller Sorgfalt eingerntet werden. Das ist vor allem eine Frage der Arbeitskräfte. Sie dürfte keine besonderen Schwierigkeiten machen in den Gebieten mit überwiegend Bauernbesitz, um so größere dort, wo der Großgrundbesitz vorherrscht. Die Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen liefern aber mehr als die Hälfte der in ganz Deutschland geernteten Kartoffeln (1912 wurden im Reiche rund 50,2 Millionen Tonnen geerntet, davon in den genannten Provinzen 25,7 Millionen) und es werden auf den großen Gütern verhältnismäßig mehr Kartoffeln gebaut als auf den Bauerngütern. Es kommt hinzu, daß in normaler Zeit die Brennkartoffeln bei der Ernte wenig sorgfältig behandelt werden, weil die Brennereien auch erfrorene Kartoffeln verarbeiten können, man sich also nicht besonders um den Schutz gegen Frost zu kümmern braucht. Dagegen müssen jetzt, wenn man möglichst viel Kartoffeln zur Nahrung für Mensch und Vieh verwenden will, die Früchte unbedingt vor Frost geschützt werden, was nur durch gesteigerte Arbeit beim Einmieten gekehren kann. Die Arbeitskräfte sind nun bei der herrschenden Arbeitslosigkeit sicher zu beschaffen.

Sind aber die Landwirte bereit auf die öffentliche Hilfe angewiesen, um die Kartoffelernte zu bergen, so ist ganz selbstverständlich, daß sie ihnen zuteil werden müßte unter der Bedingung, daß die Frucht auch zu angemessenem Preise an die Konsumenten abgegeben wird und vor allem, daß keine Kartoffeln zur Produktion von Fuselgift verwendet werden. Der Einwand, daß man nicht in der Lage sei, die Kartoffeln, die normalerweise zum Schnapsbrennen verwendet werden, zu überwintern, ist hinfällig. Man hat heute die Möglichkeit, durch Herstellung von Kartoffelschnitzeln und -Floden jedes Quantum der Frucht zu konservieren. Gerade in den Brennereien kann man leicht die Kartoffeln für diesen Zweck trocknen.

Es ist daher erstaunlich, daß die Regierung zwar den Landwirten gute Ratsschläge und Ermahnungen erteilt, die Ernte sorgfältig und im Interesse der Allgemeinheit zu verwerten, daß aber bisher kein Verbot der Verfütterung von Brotkorn und kein Verbot der Verwertung von Kartoffeln zur Schnapsbrennerei ergangen ist.

# Der Krieg und die Kolonien.

## Kriegsgeplänkel in den Kolonien.

(Nichtamtlich.) Berlin, 7. Oktober. (W. Z. B.) Vom kolonialen Kriegsschauplatz liegen heute verschiedene Nachrichten vor.

Aus Tokio wird amtlich gemeldet: „Eine Marine-Abteilung besetzte Jaluit, den Sitz der Regierung der Marshallinseln, ohne Widerstand zu finden, und brachte die Befestigungswerke, Waffen und Munition in ihren Besitz. Für die englischen Kaufleute wurde die Einfuhr freigegeben. Die Marineverwaltung erklärt, die Landung sei eine rein militärische Handlung gewesen, eine dauernde Besetzung sei nicht beabsichtigt.“ (Befestigungswerke existieren in Jaluit nicht; hinsichtlich der Waffen und Munition kann es sich nur um geringfügige Bestände handeln.)

In einer offiziellen Mitteilung des britischen Kolonialministeriums heißt es: „An der englisch-deutschen Grenze des ostafrikanischen Protektorats herrschte im September eine bedeutende Unruhe, da der Feind zahlreiche Versuche unternahm, in das britische Gebiet einzudringen und die Uganda-Eisenbahn abzuschneiden. Indessen wurden alle Versuche zurückgewiesen. Nur eine Grenzstation wird von einer kleinen deutschen Abteilung gehalten. Die normale Truppenbesetzung des ostafrikanischen Protektorats und des Uganda-Protektorats ist seit dem Ausbruch des Krieges durch bedeutende Abteilungen indischer Truppen sowie berittene und nicht berittene örtliche Abteilungen verstärkt worden. Hinsichtlich der militärischen Lage wird keine Veröffentlichung gegeben.“

Der Gouverneur von Kamerun meldet siegreiche Gefechte vom Anfang September gegen Engländer und Franzosen. In diesen Gefechten sind die Oberleutnants v. Rothkirch und Milbrat, Sergeant Jost, Sanitätsfeldwebel Gustav Ruhn, Bezirksamtmann Rausch, Postamtsvorsteher Glod und Landmesser Löhne gefallen.

Nach diesem Telegramm wird an zuständiger Stelle angenommen, daß Engländer und Franzosen an den beiden möglichen Einbruchstellen der nigerischen Grenze in unsere Kolonie Kamerun Vorstöße versucht haben. Es sind dieses der Eintritt des Venue und des Großflusses in nigerisches Gebiet. Die Namen der für das Vaterland Gefallenen lassen vermuten, daß im Norden bei Garna die 7. Kompanie unter ihrem Führer Hauptmann Freiherrn von Crailsheim einen Angriff der wahrscheinlich von Jola und Wogonzo gemeinschaftlich vorrückenden Engländer und Franzosen abgewiesen hat. Bei dieser Kompanie standen die Oberleutnants v. Rothkirch und Milbrat und der Sergeant Jost.

Bezirksamtmann Rausch verwaltete den Bezirk Dikang. Er war erst im vorigen Jahre als Hauptmann aus der Schutztruppe ausgeschieden und zur Verwaltung übergetreten. Dikang liegt etwas südlich des Großflusses. Rausch wird sich mit seiner Polizeitruppe den Engländern, welche wohl den Großfluß heraufmarschierten, entgegengeworfen und dabei mit dem Postamtsvorsteher Glod und dem Landmesser Löhne in siegreichem Gefecht den Heldentod gefunden haben.

## Die Antwort Wilsons.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlicht die Antwort, die von dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika auf das bekannte Telegramm des Kaisers eingegangen ist:

„Euerer Kaiserlichen Majestät wichtige Mitteilung vom 7. September d. J. habe ich erhalten und von ihr mit größtem Interesse und Anteil Kenntnis genommen. Ich fühle mich geehrt, daß Sie sich wegen eines unparteiischen Urteils an mich als den Vertreter einer an dem gegenwärtigen Kriege wahrhaft unbeteiligten Nation gewendet haben, die den aufrichtigen Wunsch hegt, die Wahrheit kennen zu lernen und zu berücksichtigen.“

Sie werden, dessen bin ich sicher, nicht erwarten, daß ich mehr sage. Ich bete zu Gott, daß dieser Krieg recht bald zu Ende sein möge. Der Tag der Abrechnung wird dann kommen, wenn — wie ich sicher bin — die Nationen Europas sich vereinen werden, um ihre Streitigkeiten zu beenden. Wo Unrecht begangen worden ist, werden die Folgen nicht ausbleiben und die Verantwortlichkeit wird den Schuldigen auferlegt werden. Die Völker der Erde haben sich glücklicherweise auf den Plan geeinigt, daß solch eine Abrechnung stattfinden muß. Soweit jedoch ein solcher Plan unzureichend ist, wird die Meinung der Menschheit, die letzte Instanz in all solchen Angelegenheiten, ergreifend eingreifen. Es wäre unklug, es wäre verfrüht für eine einzelne, selbst eine dem gegenwärtigen Kampf glücklicherweise fernstehende Regierung, es wäre sogar unbedenklich mit der neutralen Haltung einer Nation, die, wie diese, an dem Kampfe nicht beteiligt ist, sich ein endgültiges Urteil zu bilden oder es zum Ausdruck zu bringen.“

Ich spreche mich so frei aus, weil ich weiß, daß Sie erwarten und wünschen, daß ich wie ein Freund zum Freunde spreche und weil ich sicher bin, daß eine Zurückhaltung des Urteils bis zur Beendigung des Krieges, wo alle Ereignisse und Umstände in ihrer Gesamtheit und ihrem wahren Zusammenhang übersehen werden können, sich Ihnen als wahrer Ausdruck aufrichtiger Neutralität von selbst empfehlen wird.“

gez.: Woodrow Wilson.

## Änderungen im italienischen Kabinett.

Frankfurt a. M., 6. Oktober. (W. Z. B.) Die „Frankf. Zeitung“ meldet aus Rom: General Tassoni, Unterstaatssekretär des Krieges, nahm seine Entlassung. Seine Gründe sind von Bedeutung in diesem Augenblicke. Es sollen Differenzen zwischen ihm und dem Generalstab bestehen, weil dieser die schnelle Durchführung größerer Rüstungsvorbereitungen forderte und im Kriegsministerium gewissen Widerstand fand. Gleichzeitig wird auch gegen den Kriegsminister Grandi gearbeitet. Dieser trat ins Kabinett Salandra mit einem verhältnismäßig bescheidenen Programm ein, nachdem General Borro das Vortreffen des Krieges abgelehnt hatte, da seine weitgehenden Forderungen auf Widerstand aus finanziellen Gründen gestoßen waren. Auch macht man Grandi zum Vorwurf, daß beim Ausbruch des Weltkrieges die Bestände in den Magazineen Lücken aufwiesen, obwohl der Premierminister Salandra Anfang April in der Kammer feierlich versichert hatte, daß die Bestände in Ordnung seien.

## Die Neutralitätserklärung

### der italienischen Sozialisten.

Aus der von uns bereits kurz gemeldeten Erklärung der italienischen Partei zur Kriegsfrage geben wir nachfolgende Stellen wieder:

„Von allen Großstaaten hat nur Italien außerhalb des Konflikts bleiben können. Die energische Haltung der sozialistischen Partei und des Proletariats ist nicht unwesentlich zu dieser Stellungnahme der Regierung beigetragen. Die Neutralitätserklärung

find den einstimmigen Beifall der öffentlichen Meinung. Seit einigen Wochen versuchen Parteien ohne großen Anhang und Interessenvertretungen die Regierung zur Einmischung in den europäischen Krieg zu treiben. Man sucht eine ähnliche Stimmung zu schaffen, wie sie dem libyschen Kriege vorausging. Man spricht von der Notwendigkeit, ein Ministerium der nationalen Vereinigung zu schaffen. Man will den Krieg mit den bisherigen Verbündeten und also auch mit Deutschland. Die Führung der Kriegshandlungen haben die Nationalisten, die zuerst Italiens Eingreifen zugunsten des Dreibundes verlangt haben und jetzt mit dem Jontismus von Abenteurern Oesterreich anfallen möchten. Dann kommen die Reformisten und die bürgerlich-radikalen Freimaurer, die die Demokratie in Frankreich verteidigen und ein Ministerium in Italien verwickeln wollen. Den Zug schließen die Republikaner, die der Dynastie Savoyen die Aufgabe übertragen wollen, der sie sich während der italienischen Befreiungskriege nie gewachsen gezeigt hat. Nur die sozialistische Partei bleibt von dem Kaufschie frei und ruft Euch, Proletariat, zur schnellen Abwehr auf.“

Arbeiter! In dieser trüben und unheilswangeren Stunde übernimmt die sozialistische Partei die volle Verantwortlichkeit für ihre Haltung und achtet nicht des Hohns, mit dem die Monopolisten der Vaterlandsliebe sie als Feind des Vaterlandes hinstellen.

Arbeiter! Die Gründe, mit denen man Euch zum Krieg bringen will, sind den Aufstand an Menschenleben und Reichtum nicht wert, den der Krieg heischt. Widersteht dem Kriegswahns, stellt Eure Demonstrationen denen der Kriegshandlungen Parteien entgegen. Sagt, daß Italien den Frieden braucht, daß es als einzige außerhalb des Konflikts stehende Großmacht die Aufgabe hat, zwischen den Kriegführenden zu vermitteln, kein Friedensschluß für die großen Prinzipien einzutreten, die den Staaten zugrunde liegen sollen: für die Befreiung von den Rüstungen, für die Gerechtigkeit der Schiedssprüche. Die sozialistischen Abgeordneten würden nicht für die Kriegskredite für einen Angriffskrieg stimmen, der das Ergebnis einer widersprüchlichen und ideallosen auswärtigen Politik wäre, für die die herrschende Klasse Italiens allein verantwortlich ist.

Die sozialistische Partei Italiens hält an ihrem unerschütterlichen Glauben an die Zukunft der Internationale der Arbeiter fest, die aus den Trümmern des heutigen Weltkrieges größer und stärker entstehen wird.

Und im Namen der Internationale und des Sozialismus fordern wir Euch auf, Proletariat Italiens, Eure unerschütterliche Gegnerschaft gegen den Krieg machtvoll zum Ausdruck zu bringen. Es lebe der Sozialismus!

Der Parteivorstand. Die Parlamentsfraktion.“

## Keine Mißhandlung deutscher Frauen in Belgien.

Amsterdam, 6. Oktober. (Z. U.) Die der „Frankfurter Zeitung“ zugegangene Information über den König und die Königin von Belgien kann, soweit sie sich auf die letztere bezieht, den Tatsachen nicht ganz entsprechen. Im Interesse der Wahrheit stellt der Korrespondent der „Frankf. Ztg.“ auf Grund der Aussagen zahlreicher hierher geschickter Deutscher aus Brüssel und Antwerpen fest, daß weder in Brüssel noch in Antwerpen deutsche Frauen Mißhandlungen, zumal solche schrecklicher Natur, ausgeübt waren. Viele sensationelle Erzählungen sind ebenso der Unwahrheit oder Uebertreibung überliefert worden, wie beispielsweise die Ermordung des Hoteliers Weber, der gesund in Schiedingen lebt. Die Königin hat sich bisher in anerkennenswerter Weise um die Verwundetenpflege gekümmert.

## Zur Gefangenenbehandlung in Frankreich.

Durch die Zeitungen geht wieder einmal eine Nachricht über schlechte Behandlung deutscher Kriegsgefangener in Frankreich. Ein Sanitätsunteroffizier aus Köln, der über die Schweiz aus Frankreich zurückkam und sich nun im Lazarett von Freiburg befindet, hat sie zu Protokoll gegeben.

Der Unteroffizier war nach seinen Aussagen in dem Orte Clermont-Ferrand untergebracht. Wie er befandete, waren dort insgesamt 200 Offiziere und 700 Mannschaften. Durch die Veranden des Unterkunftsraumes auf einem Artillerie-Liegeplatz dieser der Wind und die Mannschaften mühten nachts auf dem ebenen Steinhoden liegen, der nur mit ganz wenigem und schlechtem Stroh bedeckt sei. Auch die Kranken würden nicht besser behandelt, so daß Nahrung und Lungenentzündung häufig zu konstateren wären. Das Essen sei schlecht und knapp; je drei Mann bekämen zwei Pfund Brot am Tage, dazu vormittags 1/2 Liter Brotsuppe und abends 5 Uhr 1/2 Liter Fleischbrühe mit Rindfleisch. Die Fleischportion sei so knapp, daß die letzten hundert Mann oft gar kein Fleisch mehr erhielten. Dabei werde kein Unterschied gemacht, ob die Leute gesund oder krank seien. Die Kranken blieben, auch wenn der Arzt Lungenentzündung festgestellt habe, ohne Decken, Mäntel und so gar ohne Hemd liegen. Auch Verbandzeug, sowie Watte und Medizin fehlten. Die Rot und das Gland seien himmelstreichend. Durch die große Kälte würden sie noch vermehrt. Die Bedürfnisse mühten die Gefangenen in Äbeln berichten, die nachts in den Veranden blieben. Für die 700 Mann sei nur ein Brunnen im Hofe als Wasserlage vorhanden. Auch die Offiziere mühten ihre Verande selbst legen, und der einzige Baracke für 20 Offiziere durfte die Baracke nur mit Genehmigung des Postens betreten. Ein Quappmann habe nach vier Wochen noch das gleiche blutgetränkte Hemd getragen, das er bei der Gefangennahme trug. Allen Offizieren seien die Abzeichen herabgerissen worden. Sie dürften sich zwar selbst verpflegen, aber bekämen nur 3,40 Fr. pro Person und Tag bezahlt.

Der Oberleutnant, der das Protokoll dieser Aussagen aufgenommen hat, hat sich veranlaßt gesehen, seiner Niedertracht hinzuzufügen, daß Franz einen „nerbösen, fieberhaften und tranken Eindruck“ mache. Ob seine Aussagen also wirklich in allem zutreffen, muß dahingestellt bleiben. Dazu kommt, daß so und so viele Briefe und auch die Berichte neutraler Personen doch das Gegenteil dessen bezeugen, was aus den hier zitierten Aussagen hervorgeht. Katholisch ist indessen nicht ausgeschlossen, daß in einzelnen Unterkunftsstellen der Gefangenen wirklich ungesunde, verurteilungswürdige Verhältnisse herrschen.

## Eine englische Mahnung zur Vernunft.

In der bekannten radikal-liberalen Londoner Wochenzeitschrift „The Nation“ wendet sich der Schriftsteller Henry W. Robinson gegen verleumderische Angriffe, die von englischer Seite wider Deutschland gerichtet worden sind. Er stellt fest, daß er bei einem Aufenthalt in Deutschland kurz vor dem Kriegsausbruch den bestimmten Eindruck gewonnen habe, daß das deutsche Volk keinen Krieg wollte und ihn sicher nicht erwartete.

„Die Deutschen fürchten für ihre Existenz, für ihren reich gewachsenen Reichtum, für ihre Bildung, für ihre Schulen, für alles, das sie ihre Kultur nennen. Es gibt kein nationales Feindschaftsgefühl gegen Frankreich. Das ist ein Zeichen für künftige Hoffnung. Als ich von Transvaal nach der Natalgrenze kam, wenige Tage vor Ausbruch des Burenkrieges, da sagte General Joubert zu mir bei der Abreise: „Das Innerste meiner Seele blutet vor Schmerz.“ Ich schreibe dies als ein Engländer, der denkt, daß wir, wenn wir beiseite gelassen hätten, als Belgien angegriffen und Frankreich niedergeworfen werden sollte, nicht wert wären, der Welt ins Angesicht zu schauen. Aber wenn ich an Deutschland denke und alles, was es uns gegeben ist, dann sage ich mit Joubert: „Das Innerste meiner Seele blutet vor Schmerz.“ Worte Goethes, in denen er die Duldung unter den Völkern und das enge Band gemeinsamer Kultur gepriesen, gingen mir durch den Sinn, als der Zug nach unserer Abreise aus Berlin langsam durch Deutschland fuhr. Vom Wagen aus konnte ich sie sehen, diese lieblichen deutschen Dörfer und diese alten deutschen Städte, in denen ich so oft mit Landsleuten und Studenten so glücklich gewesen war in dem Glauben, daß der deutsche Geist das Geheimnis des Weltalls umfaßt. Ich bedaure nicht die Zeit, die ich unter den Deutschen auf der Suche nach diesen Geheimnissen verbrachte. Da lagen sie noch vor mir, die schönen Häuser mit ihren hohen Dächern, die wohl besetzten Felder, die Wälder und die Hügel, raumend von der alten Weisheit des deutschen Väterlandes.“

Es ist sehr erfreulich, daß ein Engländer den heberischen Phrasen seiner Landsleute entgegentritt und sich bemüht, den über die festländischen Dinge und Menschen im allgemeinen sehr schlecht unterrichteten Bewohnern der britischen Inseln ein zutreffenderes Bild von deutscher Geminnung zu geben. Zu wünschen bliebe nur, daß auch in Deutschland mehr als es geschieht, Verständnis für die Art des englischen Volkes verbreitet würde, und daß man aufhörte, alle Engländer sozuzogen in einen Topf zu werfen, und die Anstrengungen anerkennt, die von nicht ganz wenigen Angehörigen der englischen Nation gemacht werden, die verhängnisvollen Folgen einer verhängnisvollen auswärtigen Politik nach Möglichkeit abzuwenden.

## Ein englisches Hilfskomitee für notleidende Deutsche in London.

Von amerikanischen Friedensfreunden geht uns mit der Bitte um Bekanntheit ein Exemplar des folgenden Rundschreibens zu: „Hilfskomitee für die Unterstützung der notleidenden Deutschen, Oesterreicher und Ungarn.“

Veranlaßt durch offizielles Vorgehen des religiösen Vereins der Freunde (die Seite der jeden Krieg verwerfenden Quäker. Die Red.) ist ein besonderes Hilfskomitee gegründet worden zu dem Zweck, Deutschen, Oesterreichern und Ungarn in Großbritannien, die infolge des Ausbruchs des Krieges ohne ihr Verschulden in größte Not geraten sein sollten, Beistand zu leisten. Diese Leute sind jetzt von ihrem Lande und in den meisten Fällen von allen Mitteln, sich Vorgesand zu verschaffen, abgeschnitten. Es gibt eine Reihe von Familien, bei denen der Vater genötigt war, vor Abbruch allen Verkehrs nach Hause zurückzukehren, oder als Kriegsgefangener in diesem Lande zurückgehalten ist. Eine Anzahl in Not befindlicher Mütter sind Engländerinnen, die durch Ehescheidung Ausländerinnen geworden sind. Ferner sind viele Intellektuelle, in besonders hilfloser Lage. Es sei anerkannt, daß es zahlreiche britische Familien gibt, die der Krieg in die größte Not bringt; indes werden nationale Maßnahmen getroffen, unseren Landeskindern Beizustehen, während diese Ausländer, die gefesselt als „Feinde“ betrachtet werden, in nahezu jeder Weise in besonders unglücklicher Lage sind und den Schutz ihrer eigenen Vorkasse oder ihres Konsulats nicht genießen.

Vielen beherrschten deutschen Frauen ist durch die Wohlthätigkeit englischer Freunde ein Heim zuteil geworden. Eine größere Zahl von Angeboten der Gastfreundschaft würde sehr willkommen sein, besonders für Ehepaare und alleinlebende Intellektuelle. Weitere Unterkunft könnte gefunden werden, wenn mehr Mittel für die Bezahlung von Logis und Pension zur Hand wären. Es sind mehrere Logierhäuser unter gehöriger Leitung eingerichtet worden, und in anderen Fällen wird Hilfe in Form von wöchentlichen Zahlungen und Nahrungsmitteln geleistet. Bei der Auswahl der Unterstüßungsempfänger wird mit großer Sorgfalt verfahren. Ein Etab etabrierter freiwilliger Helfer besucht die Wohnungen und die Auskunft gebenden Personen. Es sind Vorkehrungen getroffen, soviel als möglich Beschäftigung für die Unterstüßten, zu der sie geeignet sind, zu beschaffen, indes magt das Vorurteil des Publikums dies sehr schwer.

Das Komitee hat mit dem Ministerium des Innern verhandelt, und viele Bedenke schenkt seinen Bemühungen volle Sympathie. Es genießt auch das Wohlwollen des amerikanischen Generalkonsuls, der die Wahrnehmung der Interessen der Deutschen, Oesterreicher und Ungarn in diesem Lande hat, und steht in enger Verbindung mit dem Verein der Freunde notleidender Ausländer und anderen Körperlichkeiten, die zurzeit lebhaft zusammenwirken, notleidenden Ausländern ohne Rücksicht auf ihre Nationalität Beistand zu leisten. Das Komitee verfolgt aufmerksam den Gang der Ereignisse und hofft, Männern wie Frauen, wo immer Aniaß sich bietet, weiterhin materiellen und moralischen Beistand leisten zu können. Man hofft, in Verbindung mit dem Regierungslager für „feindliche Ausländer“ werde irgendein Gottesdienst zustandekommen.

Gelder für unmittelbare Verwendung sind dringend nötig. Das Komitee erlaubt sich daher, an alle diejenigen, denen die Sache am Herzen liegt, die Bitte um Beiträge zu richten. Schecks und Postanweisungen wolle man an den Schatzmeister im Ehrenamt, W. Hanbury Aggs in Barclays Bank, 1 Pall Mall East, SW, richten und überschreiben: Alien Relief Fund.“

Das Exekutivkomitee besteht aus folgenden Personen“ (folgen 15 Namen mehr oder weniger bekannter Londoner Persönlichkeiten). Eine Liste von Unterstüßern der Sache weist die Namen des Erzbischofs von Canterbury und anderer Vertreter englischer Religionsgemeinschaften, des früheren Gefandten Englands in den Vereinigten Staaten, Viscount Dames Bryce, verschiedener englischer Parlamentarier und eines der ersten Richter Englands, des Lordrichter Phillimore auf.

## Die Türkei und Rußland.

Konstantinopel, 7. Oktober. (W. Z. B.) Ein inspirierter Artikel des „Idam“ antwortet auf die von der Petersburger „Kosowo Brestja“ und dem Moskauer „Kosowo Stowo“ gegen die Türkei gerichteten Angriffe. „Idam“ führt aus, daß die Türkei für niemand Propaganda mache und ihre Neutralität bewahre, jedoch in einer solchen Weise, ihre eigenen Interessen verteidigen zu können. Was die Drohung anbetreffe, daß England und Frankreich dasenstädtte Sirtens anpreisen und befehlen könnten, so sei sie nicht ernst zu nehmen, da die islamitische Welt gegenwärtig aus ihrem langen Schlafe erwacht sei und die beiden genannten Mächte großen Schwierigkeiten ausgesetzt wären, wenn sie die Türkei in dieser Weise angreifen wollten.

## Zusammenstöße in Aegypten.

Konstantinopel, 7. Oktober. (W. Z. B.) Der „Osmanische Lloyd“ erzählt, daß es in Aegypten und Kairo zu blutigen Zusammenstößen zwischen den Truppen und ägyptischen Eingeborenen gekommen sei, da die Ägypter sich weigerten, sich nach Europa schicken zu lassen, um am Kriege teilzunehmen.

# Kriegsbekanntmachungen.

## Löhnung der Soldaten.

Vielfache Anfragen über die Höhe der Löhnung der Soldaten haben wir bereits unter dem 8. September nach von uns eingegangenen Informationen beantwortet. Da solche Anfragen immer wiederkehren, veröffentlichen wir nachstehend eine Zusammenstellung auf Grund amtlichen Materials:

Der monatliche Sold beträgt für:

	Friedens- zustand M.	immobilen Zustand M.	mobilen Zustand M.
Gemeine, unberitten . . . . .	9,—	9,00	15,00
beritten . . . . .	10,50	11,40	17,40
Fahrer als Gemeine . . . . .	10,50	11,40	17,40
Gefreite . . . . .	12,—	12,90	20,40
Sanitätsgefreite beritten . . . . .	18,50	18,90	23,40
Krankenträger unberitten . . . . .	15,—	17,40	—
Gefreite unberitten . . . . .	10,50	11,40	18,90
beritten . . . . .	12,—	12,90	—
Obergefreite unberitten . . . . .	15,—	—	18,90
Unteroffizier . . . . .	25,20	33,60	40,—
Sergeant . . . . .	39,60	49,50	57,—
Niegefeldwebel . . . . .	47,10	57,—	68,—
Feldwebel und Wachtmeister . . . . .	62,10	81,—	96,—

Feldwebel und Wachtmeister erhalten außerdem im immobilien Zustand 15 M., im mobilen Zustand 30 M. Dienstzulage. — Mobil sind nach dem Wortlaut der Besoldungsvorschriften jene Formationen, die für den Gebrauch im Felde mit Personal und Material besonders ausgestattet sind; immobil dagegen sind jene Formationen, bei denen eine derartige Ausstattung unterblieben oder wieder aufgehoben ist.

## Politische Uebersicht.

### Die Entschädigung für Ostpreußen.

Die „Nordb. Allg. Ztg.“ schreibt: In der Presse wird von dem Gerücht Notiz genommen, daß von der Staatsregierung bei der bevorstehenden Landtagssitzung fünfzehn Millionen Mark zur Unterstützung Ostpreußens angefordert werden sollen. Tatsächlich sind von der Staatsregierung alsbald 15 Millionen Mark zur Ueberwindung der ersten Not in Ostpreußen bereit gestellt worden, die beim Landtage zu beantragenden Mittel für Ostpreußen werden sich aber ganz beträchtlich höher, nämlich auf mehrere hundert Millionen Mark, belaufen.

### Die Kriegstätigkeit des preussischen Herrenhauses.

Das Herrenhaus ist auf Freitag, den 23. Oktober, vormittags 11 Uhr, zu einer Sitzung einberufen worden.

### Erledigtes Reichstagsmandat.

Schönknecht, 7. Oktober. Der Reichstagsabgeordnete des Wahlkreises Czarnikau-Kolmar-Filshne, Gustav Ritter (kons.), ist heute nachmittag gestorben.

### Kommunale Maßnahmen gegen die Kriegsnöte.

Zahlreiche Kommunen haben gegenüber der Kriegsnöte Maßnahmen der verschiedensten Art getroffen; in der Regel handelt es sich um Beihilfen für die Familien der Kriegsteilnehmer, Unterstützungen der Arbeitslosen, Speisungen und Notstandsarbeiten. Hier und dort ist man aber, wie Erwin Stein, der Generalsekretär des Vereins für Kommunalwirtschaft und Kommunalpolitik im „Tag“ berichtet, auch über diesen Rahmen noch hinausgegangen. So sind in einigen Städten Einrichtungen getroffen zur Verlegung von Streitigkeiten zwischen Gläubigern und Schuldner. Ganz neu hat ein Schiedsamt zur Schlichtung von Mietstreitigkeiten gebildet. In Ludwigshafen hat der Stadtrat zum Zwecke der Vermittlung bei Streitigkeiten, die mangels eines Notatoriums zwischen Gläubigern und Schuldner, sei es wegen Mietzins oder Schuldzins, rückständiger Beträge, Säumnis in der Abtragung von Geschäftsschulden oder dergleichen entstehen, einen Vermittlungsausschuß eingesetzt. Dieser wird nach Bedarf zusammengetreten und in mündlicher Aussprache mit Gläubigern und Schuldner auf Erzielung gütlicher Uebereinkunft hinzuwirken suchen. Auf diese Weise soll die für die Parteien zu sehr mit Kosten verknüpfte Inanspruchnahme des Gerichts in der gegenwärtigen kritischen Zeit tunlichst vermieden werden. Stuttgart hat städtische Einigungsausschüsse in Miet- und Hypothekensachen eingesetzt, die unentgeltlich die Vermittlung von Vereinbarungen zwischen Vermietern und Mietern und zwischen Hypothekengläubigern und Hypothekenschuldnern wegen der Verzögerung von Miet- und Hypothekenzinsen übernehmen. Ferner ist hier eine städtische Beratungskommission in geschäftlichen Angelegenheiten ins Leben gerufen worden, die unentgeltlich die Beratung von Gewerbetreibenden, insbesondere der Frauen von Kriegsteilnehmern, die außergerichtliche Vermittlung von Vergleichs- und Stundungsverträgen zwischen Gläubigern und solchen Schuldner, die infolge des Krieges vorübergehend ihre Verpflichtungen nicht erfüllen können, die Geschäftsaufsicht zur Abwendung des Konkursverfahrens usw. übernimmt. Richter und Rechtsanwälte haben sich zur Leitung dieser Stelle unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Die Einrichtungen funktionieren nach den bis jetzt gemachten Erfahrungen sehr gut und werden lebhaft in Anspruch genommen.

In Breslau und Oberhausen wird die Gemeindecinkommenssteuer in gleicher Weise wie die Staatseinkommensteuer den im Felde Stehenden erlassen. Gelegentlich erfolgt Stundung mit dem Vorbehalt, die Steuer später ganz zu streichen.

Verschiedene Städte — Bromberg, Düren, Danzig, Gleiwitz, Kattowitz — hatten gleich nach der Mobilmachung Gutscheine oder Platanweisungen herausgegeben, um dem vorübergehend aufgetretenen Mangel an Kleingeld zu steuern. In Düren waren z. B. am 8. August 80 000 M. im Umlauf.

In verschiedenen Städten sind auch Bürgerwehren eingerichtet worden, die zur Ergänzung der Polizei bestimmt sind. Der Dienst wird meist ehrenamtlich versehen, doch wurden z. B. in Mannheim Beiträge zur Verfügung gestellt, um bedürftigen Mitgliedern der Bürgerwehr jeden Tag eine Vergütung von ungefähr 3 M. zahlen zu können.

Aus Gera wird gemeldet: Für die Notstandsunterstützungen in der Stadt Gera (Reich) hat der Gemeinderat dem Stadtrat einen unbeschränkten Kredit bewilligt und einen gemischten Notstandsentscheidungs-Eusschuß eingesetzt. Dieser Ausschuß stellt als Norm für die Angehörigenunterstützung der Kriegsteilnehmer einen Zuschlag von 150 Proz. der Reichsunterstützung fest. Die Höhe schwankt danach von 22 M. bis 97,50 M. im Monat. Aus der Praxis ergab sich aber die Notwendigkeit eines Ausgleiches dieser Höhe und es wurden die unteren etwas erhöht, die oberen etwas herabgesetzt.

Die Unterstützung wird halbmonatlich ausbezahlt und beträgt nunmehr wöchentlich: Für alleinlebende Frauen oder Mädchen 7,50 M. — Für eine Frau oder ein Mädchen und ein Kind 10,— M. — Für eine Frau oder ein Mädchen und zwei Kinder 12,50 M. — Für eine Frau oder ein Mädchen und 3 Kinder 15,— M. — Für eine Frau oder ein Mädchen und vier Kinder 18,— M. — Für eine Frau oder ein Mädchen und fünf Kinder und mehr 20,— M.

Für die Arbeitslosen sind folgende Wochenätze aufgestellt: Eine Frau oder ein Mädchen mit einem Kind 7,— M. — Mit zwei Kindern 8,50 M. — Mit drei Kindern 10,— M. — Mit vier Kindern 11,50 M. — Mit fünf Kindern 13,— M. — Für Ehepaare ohne Kinder 8,— M. — Für Ehepaare mit einem Kind 9,50 M. usw., bis zum Höchstsatze mit fünf und mehr Kindern 15,— M.

In Breslau findet am 12., 13. und 14. Oktober eine allgemeine Fählung der Arbeitslosen statt; sie soll die Grundlage für eine bald einzuführende wöchentlich zahlbare Unterstützung geben. Handwerker, Kaufleute und Angehörigen des Mittelstandes soll durch eine Darlehnskasse geholfen werden, die mit städtischer Unterstützung von 400 000 M. arbeitet und Darlehen bis zur Höhe von 1000 M. ausgibt.

Die sozialdemokratische Rathausfraktion in München hat folgenden Antrag gestellt: Die städtischen Kollegien wollen unterzögig Schritte unternehmen, um in München eine geregelte Arbeitslosenfürsorge herbeizuführen. Die Staatsregierung soll ersucht werden, hierfür ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen. Auch die Landesversicherungsanstalt für Oberbayern könnte veranlaßt werden, einen Teil ihres großen Vermögens dieser sozialen Aufgabe nutzbar zu machen. Mit dem Vollzuge der Arbeitslosenunterstützung wären wohl am zweckmäßigsten die Gewerkschaften zu betrauen.

Der Rat der Stadt Dresden hat beschlossen, nochmals eine Million Mark für die laufenden Unterstützungen der Familien von Kriegsteilnehmern und weitere 300 000 M. für Arbeitslosenunterstützung zu bewilligen.

### Vereinbarungen über Stadtverordnetenwahlen.

Der sozialdemokratische Verein Dresden gab am Montagabend seine Zustimmung zu einer Vereinbarung sämtlicher Parteien, nach der bei den diesjährigen Stadtverordnetenwahlen von einem Wahlkampf abgesehen und jeder Fraktion diejenige Zahl von Mandaten garantiert wird, die sie bisher besaß. Von den sechzehn Genossen, die in der Versammlung saßen, schieden diesmal vier aus, ihre Sitze werden also auf weitere sechs Jahre von unserer Partei besetzt. Gegen das Abkommen erhob in der von 400 Mitgliedern besuchten Versammlung niemand Widerspruch.

### Ein Hilferuf aus dem Elsaß.

Der Straßburger Oberbürgermeister Dr. Schwander und der Altbürgermeister Dr. Vael, der Präsident der Ersten Kammer des elsäß-lothringischen Landtages, haben ein Schreiben an die deutschen Stadtverwaltungen gerichtet, in dem es zunächst heißt:

„Seit Beginn des Krieges ist ein größerer Teil des Landes Kriegsschauplatz gewesen. Große Schlachten haben sich in den oberelsäßischen Kreisen Mühlhausen, Altkirch und Thann sowie in den lothringischen Kreisen Saarburg und Chateau-Salins abgepielt. Bis in die neueste Zeit fanden nicht nur dort, sondern auch in den Grenzkreisen Gewisler, Colmar, Rappoltsweiler, Schlettstadt und Rolsheim Gefechte statt; noch heute werden einzelne Grenzbezirke von feindlichen Truppen heimgesucht. — Wir verjachten daruf, die feindlichen Leiden einer Bevölkerung zu schildern, die allen Wechselfällen der militärischen Operationen ausgesetzt ist, die heute den Freund und morgen den Feind in ihren Mauern sieht. Wir wollen nur auf die enormen materiellen Schädigungen hinweisen, welche durch den Krieg im Lande entstanden sind. Durch die gänzliche oder teilweise Zerstörung von Gebäuden mit Vernichtung des Mobiliars sind viele des Obdachs beraubt, haben ihre ganze Habe eingebüßt und nur das nackte Leben gerettet. Auf weiten Strecken konnte die Ernte nicht eingebracht werden; sie war vielmehr der Vernichtung preisgegeben, so daß sich auch ein Mangel an Lebensmitteln fühlbar macht. Bei dem Mangel an Pferden wird die Herbstbestellung, namentlich in Lothringen mit seinem zähen Lehmboden, dessen Bearbeitung nur mit Pferden erfolgen kann, auf nicht zu bestreitende Hindernisse stoßen.“

„Wohl ist die Regierung bemüht, durch Ausbesserung der nur beschädigten Gebäude für die Unterbringung der obdachlosen Bevölkerung Sorge zu tragen und auf eine möglichst ausreichende Versorgung mit Lebensmitteln hinzuwirken. Auch der von den militärischen Operationen nicht unmittelbar berührte Teil der Bevölkerung sucht nach Kräften beizutreten, aber durch die infolge der unmittelbaren Nähe des Kriegsschauplatzes stattgehabten Ansammlungen und Durchmärsche von Truppenmassen, durch die heute noch starken Einquartierungen, durch die Teilnahme an der Sorge für die Versorgung der im Felde stehenden Truppen und insbesondere der Verwundeten und Kranken ist ihre Leistungsfähigkeit erheblich geschwächt.“

„Es wird dann ausdrücklich die Haltung der Elsäßer in ihrer gewaltigen Mehrheit gerühmt, die sofort dem Ausruf des Vaterlandes gefolgt wären und ihm mit voller Hingebung dienten. Energisch wird dem Treiben eines Teiles der Presse entgegengetreten, die heute noch bemüht sei, gegen die elsäß-lothringische Bevölkerung Stimmung zu machen.“

„Zum Schluß wird gebeten, den Inhalt dieses Schreibens zu verbreiten und dadurch viellecht den Anlaß zu geben, daß nicht nur für Ost- und Westpreußen, sondern auch für das schwer heimgesuchte Elsaß Gabe n gesammelt und an die kaiserliche Staatsdepotverwaltung in Straßburg gesandt werden.“

### Zu Unrecht beschuldigte Geistliche.

Im Sennelager befanden sich 20 belgische Geistliche, denen man schwere Verfehlungen gegen die deutschen Truppen nachgesagt hatte. Es wurde sogar behauptet, ein Teil von ihnen sei bereits kriegsrechtlich erschossen worden, weil die gegen sie erhobenen Anschuldigungen sich bestätigt hätten. Die kriegsgerichtliche Untersuchung hat nunmehr, wie der „Vokal-Anzeiger“ meldet, ergeben, daß alle 20 unschuldig sind.

### Strenge Strafe.

Das Schöffengericht München verurteilte den Münchener Kaufmann Emil Marx aus Aresch, der sich zugunsten französischer Gefangener ungeduldig benommen hatte, wegen groben Unfugs zur höchst zulässigen Strafe von sechs Wochen Haft.

### Für den „Burgfrieden“.

Von dem christlichen Bestreben, im Sinne des „Burgfriedens“ zu wirken, zeugt folgendes Schriftstück, das dem Gauvorsitzenden der Arbeiterlänger in Weeslau zugeht:

„Ant Sawoitisch. Zimpel, 2. Oktober 1914. Die Verfügung des hiesigen Amtes vom 22. Mai d. J. — Journ. 1268 — betreffend Besetzung der Genehmigung eines Solal- und Instrumentallageris auf der Radrennbahn Grämelach wird hiermit zurückerzogen.“

„J. B.: Bletel.“  
Schade ist nur, daß die Verfügung etwas zu spät kommt. Das Sängerkfest — man wird sich erinnern, daß es zunächst in der Jahrhunderthalle stattfinden sollte und erst, nachdem diese von der Stadt-

verwaltung verweigert war, auf der Radrennbahn, um dann freilich auch hier auf behördlichen Widerstand zu stoßen — beflagtes Sängerkfest sollte bekanntlich schon Pfingsten, also vor fast einem halben Jahre, vor sich gehen.

### Religion und Gesinnung.

In Lothringen hat die Militärbehörde den Kaufleuten verboten, in ihren nach Deutschland gerichteten Geschäftsbriefen die französische Sprache zu gebrauchen. Eine Firma in Saargemünd hat dies Verbot übertreten, worauf der dortige Etappenkommandant folgende Bekanntmachung erließ:

Nach Meldung der Gendarmerie bezieht sich trotz der ergangenen Verwarnung die idealistische Firma E. . . . in ihrem Schreibenverkehr in Deutschland der französischen Sprache. Ich gebe hiermit Kenntnis zwecks Beurteilung der politischen Gesinnung des Firmeninhabers, gegen den ich im Wiederholungs-falle einschreiten werde.

Die „Frankfurter Zeitung“, die Recht und Zweckmäßigkeit eines solchen Einschreitens nicht bestreiten will, wendet sich scharf gegen die Kennzeichnung der genannten Firma als „israelitisch“: „Dies hat mit der Sache selbst erschichtlich nicht das Geringste zu tun, da das Vergehen durch die Religion des Beschuldigten weder leichter noch schwerer wird, sondern ist entweder eine außerordentliche Ungeschicklichkeit einer untergeordneten Stelle, die schleunigst redressiert werden sollte, oder was man kaum annehmen kann, aus antisemitischer Ränke hervorgegangen. Wäre letzteres der Fall, so müßte man annehmen, daß durch die Anordnung nicht nur der Firmeninhaber, sondern das Judentum schlechthin getroffen werden soll, da sonst der Zufall ganz sinnlos wäre. In dieser Zeit, in der wir alle in Deutschland „keine Parteien kennen“, wäre eine derartige Denunziation eines ganzen Volksteiles doch wohl das Unangenehmste und dem großen, einheitlichen Geist der Zeit Schädlichste, was man ausdenken könnte.“

### Kriegs-Vermögenszuwachssteuer.

In unserem gestrigen Leitartikel hatten wir u. a. auch angeregt, die Mittel zu einer durchgreifenden Bekämpfung der Arbeitslosennot durch eine weitgehende Vermögenszuwachssteuer auf allen Wertzuwachs während des Krieges aufzubringen. Zur gleichen Zeit schrieb, wie wir jetzt sehen, Prof. Dr. W. J. Bogdzinski in der „Nöln. Zeitung“, nachdem er von den großen Aufträgen für Heereslieferungen und Verbrauchsgegenstände der Kriegshilfsorganisation gesprochen:

„Bei den Aufträgen des Staates wie der eben genannten Organisationen wird sich freilich nicht immer vermeiden lassen, daß große Lieferungen und große Gewinne einzelnen Personen zusteigen. Der Gedanke einer Vermögenszuwachssteuer für solchen Kriegsgewinn ist recht erwägenswert; zu berücksichtigen ist freilich, daß in vornehmer Weise eine Anzahl Geschäftsleute und Industrielle diesen Uebergewinn ganz oder teilweise wieder Wohlfahrtszwecken zur Verfügung gestellt haben.“

Es ist recht erfreulich und beachtenswert, daß auch in den Prof. Bogdzinski nahestehenden Kreisen der Gedanke der von uns angeregten Vermögenszuwachssteuer Anklang findet.

### Verbot der Schlachtung trächtiger Säue.

Auf Grund der Bekanntmachung des Stellvertreters des Reichslanzlers über das Verbot des rechtzeitigen Schlachtens von Vieh hat das Preussische Landwirtschaftsministerium jetzt eine Verordnung erlassen, in der das Schlachten von „sichtbar trächtigen Säuen“ für die Zeit bis zum 10. Dezember 1914 untersagt wird, wenn nicht eine Erkrankung vorliegt oder es sich um Schlachtvieh handelt, das vom Auslande eingeführt ist. Uebertretungen der Verordnung werden mit Gefängnis bis zu 150 M. oder mit Haft bestraft.

### Die Ermordung Franz Ferdinands.

Wien, 7. Oktober. (W. L. Z.) Ueber den Beginn der Verhandlung gegen die Mörder des Erzherzogs Franz Ferdinand und seiner Gemahlin meldet das „Neue Wiener Tageblatt“: Die 37 Druckseiten umfassende Anklage wurde vor einigen Tagen den Angeklagten, 25 Personen, vorgelesen. Die Anklage lautet auf Hochverrat, denn aus dem in der Untersuchung gesammelten Material geht hervor, daß die Ermordung des Thronfolgers nur ein Mittel für andere hochverräterische Ziele sein sollte. Die Verhandlung dürfte drei Wochen dauern.

Agram, 7. Oktober. (W. L. Z.) Das gegen den Banus Baron Sierlecz verübte Attentat hat nunmehr seine Säbne gefunden. Von den beiden Tätern wurde Schäfer zu fünf Jahren, Hercigonja zu acht Jahren schweren Kerkers verurteilt.

## Aus der Partei.

### Ein erfolgloser Versuch.

Eine dreifache Verantwortlichkeit wollte der Dahrenthaler Staatsanwalt für unser dortiges Parteiblatt, die „Frank. Volkstribüne“, feststellen. Bis vor einigen Monaten hatte der politische Redakteur Genosse Buchta verantwortlich gezeichnet, dann bekam das Blatt einen zweiten Redakteur in dem Genossen Hade, der nunmehr als Verantwortlicher zeichnete. Ein Artikel hatte das Verschulden des Staatsanwalts erregt, der die Anklage aber nicht gegen den als Verantwortlichen genannten Genossen Hade erhob, obwohl dieser erklärte, die prohegefehlige Verantwortung zu tragen, sondern gegen den Genossen Buchta als mutmaßlichen Verfasser. Das Verfahren wurde nach Austritt des Krieges niedergeschlagen, doch der Staatsanwalt erhob nun Klage auf Grund des Prohegefehlens, und zwar gegen Hade, weil er verantwortlich zeichnete, ohne dazu berechtigt zu sein, gegen Buchta, weil er den politischen Teil bearbeitete, aber nicht verantwortlich zeichnete, und gegen den Verleger, Genossen Hugel, weil er gebildet habe, daß Hade und nicht Buchta als verantwortlich zeichnete und weil er außerdem während seines Aufenthaltes im Reichstage den Inzeratenteil als verantwortlich zeichnete. Die Sache wurde jetzt vor dem Landgericht Dahrenth verhandelt, wobei der Staatsanwalt Verstrafung beantragte und von der Annahme ausging, daß Hade wohl lediglich deshalb für den ganzen politischen Teil der Zeitung als verantwortlich eingetretten sei, um Buchta, der wegen Prohegefehlens schon wiederholt bestraft wurde, zu schützen. Das Gericht ließ sich auf diese Deduktionen nicht ein und sprach alle drei Angeklagten frei.

## Letzte Nachrichten.

### Ein französisch-italienischer Konflikt.

Frankfurt a. M., 7. Oktober. (W. L. Z.) Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Rom: Aus einem Privatbriefe aus Tripolis geht hervor, daß eine französische Kolonne in den ersten Septembertagen die Dase von Barfa oder Barracat beim Meeresküste der Dase Ghat, die auf allen Karten als zu dem tripolitansischen Hinterland gehörig verzeichnet wird, besetzt hat. Für die schwebenden Verhandlungen zwischen Frankreich und Italien wegen der Abgrenzung von Tripolis kann dieser französische Schritt von Bedeutung werden.



Verlustlisten.

Die Verlustliste Nr. 44 der preussischen Armee enthält Verluste folgender Truppen: Bezirksinspektion Nr. 3; Garde-Gren.-Reg. Elisabeth; 1. und 5. Bat. der Garde-Ers.-Brig.; Gren.-Reg. Nr. 9; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 10; Brig.-Ers.-Bat. Nr. 18; Inf.-Reg. Nr. 14; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 17; Brig.-Ers.-Bat. Nr. 18; Landw.-Inf.-Regimenter Nr. 24, 26; Inf.-Regimenter Nr. 27, 28, 30; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 30; Inf.-Regimenter Nr. 31, 32; Ref.-Inf.-Reg. Nr. 32; Pfüllier-Regimenter Nr. 33, 34, 35; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 38; Inf.-Regimenter Nr. 41, 43; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 49, 50; Inf.-Regimenter Nr. 62, 67, 71, 74, 76, 79; Ref.-Inf.-Regimenter Nr. 81, 82; Inf.-Reg. Nr. 83; Landw.-Inf.-Reg. Nr. 83; Inf.-Reg. Nr. 84; Pfüll.-Reg. Nr. 86; Inf.-Regimenter Nr. 93, 94, 98, 116, 126, 129, 140, 141, 146, 147, 154, 160, 167, 174; 2. Landw.-Komp. Püßen; Jäger-Bat. Nr. 5. Leib-Garde-Duf.-Reg.; Drag.-Reg. Nr. 2; Gren.-Reg. zu Pferde Nr. 3; Drag.-Regimenter Nr. 5, 15; Ref.-Duf.-Reg. Nr. 9; Duf.-Reg. Nr. 17. Feldart.-Reg. der 8. Ers.-Division; Feldart.-Regimenter Nr. 10, 34, 39, 40, 44, 51, 56, 69, 73, 82. Ref.-Feldart.-Reg. Nr. 1; Fuhart.-Reg. Nr. 4; Ref.-Fuhart.-Reg. Nr. 4; Fuhart.-Reg. Nr. 9. Pionier-Bataillone Nr. 3, 8, 11; Pion.-Regimenter Nr. 18, 23, 5. Art.-Munitionskolonnen des 9. Armeekorps. Ref.-Feldlazarett Nr. 44 des 9. Reservekorps.

Die Verlustliste Nr. 21 der bayerischen Armee enthält Verluste des 1. Jägerbataillons, des 1. und 2. Schweren Reiterregiments, des 1. und 2. Ulanenregiments, des 3., 4. und 8. Chevaulegerregiments, des 2. Feldartillerieregiments.

Die Verlustliste Nr. 24 der sächsischen Armee bringt Verluste der Brigade-Ers.-Bataillone Nr. 63 und Nr. 64, der Infanterieregimenter Nr. 104, Nr. 106 und Nr. 181, des Jägerbataillons Nr. 12, des Reserve-Jägerbataillons Nr. 13, der Kavallerie-Ers.-Abteilung Nr. 12, der Feldartillerieregimenter Nr. 12, Nr. 82, Nr. 48 und 68, der Ers.-Abteilung des Feldartillerieregiments Nr. 12 und des Pionierbataillons Nr. 22.

Die Verlustliste Nr. 31 der württembergischen Armee bringt Verluste des Landwehr-Infanterieregiments Nr. 120 und des Infanterieregiments Nr. 124.

Die sozialen Aufgaben während des Krieges.

Eine Reihe von Parteiversammlungen, die am Dienstag stattfanden, beschäftigten sich mit der durch den Krieg für die Arbeiterschaft herbeigeführten Lage und namentlich mit den Aufgaben, die Staat und Gemeinden zur Verringerung der sozialen Notstände jetzt in erhöhtem Maße zugewiesen sind.

Im ersten Kreise

wünschte vor Eintritt in die Tagesordnung ein Genosse, daß neben dem Vortrag eine Diskussion, wenigstens aber ein Punkt „Verschiedenes“ auf die Tagesordnung gesetzt werden möge. — Mit Rücksicht auf Organisationsbeschlüsse konnte das Verlangen des Genossen nicht berücksichtigt werden.

Genosse Wolfgang Heine führte dann in seinem Vortrag über soziale Aufgaben während der Kriegszeit aus, daß es Aufgabe des Volkes, derer, die zurückgeblieben, sei, innere Feinde niederzuwerfen, nämlich Hunger, Krankheit, Missetätigkeit und Uneinigkeit. Der spätere Friede müsse einen Stamm gesunder Menschen und gesunde Verhältnisse vorfinden. Unter diesem Gesichtspunkt seien die sozialen Maßnahmen während des Krieges zu betrachten. Redner erörterte dann eingehend die für die Kriegszeit getroffenen und noch zu treffenden gesetzlichen und praktischen sozialen und wirtschaftlichen Maßnahmen auf den verschiedensten Gebieten, namentlich auf den Gebieten der Nahrungsmittelfürsorge und der Beschaffung von berufsbringender Arbeit. Unter anderem schloß er sich der im „Correspondenzblatt der Gewerkschaften“ gemachten Anregung an, daß eine Milliarde Mark für Arbeitsbeschaffung bewilligt werden möge. Er betonte ferner die Bedeutung der Fürsorge für die Arbeitslosen, wobei er hervorhob, wie wertvoll in der Beziehung gerade das Wirken der vorbildlichen freien Gewerkschaften gewesen sei. Staat und Gemeinden würden hier, namentlich, wenn der Krieg lange dauere, unter Verwendung der vorhandenen Organisationen noch weiter eingreifen haben. Schließlich gellte es auch, alle unsere Organisationen, die Wahlvereine, Gemeindefreien, Konsumvereine und Bildungsinstitute über die schwere Zeit hinweg zu retten. Das sei ebenfalls eine wichtige soziale Aufgabe, daß sich das Volk bewußt bleibe, was es den Organisationen verdanke. Schließlich verwies Redner auf den Ernst der Situation in diesem Weltkriege.

Zweiter Wahlkreis.

Die Mitgliederversammlung des zweiten Wahlkreises im „Hofjäger-Palast“ war gut besucht. Der Referent Reichstagsabgeordneter Genosse Richard Fischer nahm in 15minütiger Rede Stellung zu der durch den Krieg geschaffenen Lage. Eingehend begründete er die Bewilligung der Kriegskredite seitens der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Nach Lage der Dinge war es die Pflicht der Partei, die Mittel zum Kriege zu bewilligen. Wir haben ein Interesse daran, daß die deutschen Armeen so bald als möglich siegen. Unsere wichtigste Aufgabe ist es, dahin zu wirken, daß bei Beendigung des Krieges ein Frieden zustande kommt, der unseren Forderungen entspricht. Dann wird auch die Frage der internationalen Beziehungen der Sozialdemokratie eine Klärung finden. Der in einzelnen Teilen nicht ohne Widerspruch aufgenommene Vortrag fand reichen Beifall.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung „Vereinsangelegenheiten“ leitete der Vorsitzende Genosse Schröder mit, daß der Vorstand geplant habe, noch eine Mitgliederversammlung im Westen abzuhalten. Auch eine öffentliche Versammlung soll demnächst stattfinden. Die bisher gelebten „Kammertiere“ stehen jetzt der Partei zur Verfügung. Das wiederholte Verbot des „Vorwärts“ durch das Oberkommando erlegt den Parteigenossen die Pflicht auf, durch das Oberkommando erlegt den Parteigenossen die Pflicht auf, sich mit erneutem Eifer für den „Vorwärts“ zu werben. Auch Genosse Fischer fordert eifrige Agitation für den „Vorwärts“. Genosse Schwann wünscht eine Diskussion über den Vortrag, da teilweise Widerspruch gegen die Ausführungen Fischers bemerkbar war. Redner Genosse Schröder schließt sich dem an. Fischer widerpricht. Da nicht jeder in der Lage ist, seine Worte so zu fassen, daß jede Mißdeutung ausgeschlossen ist, müßte von einer Diskussion Abstand genommen werden. Genossin Ziehl fordert ebenfalls zur Agitation für den „Vorwärts“ auf. Besonders die Frauen könnten in der jetzigen Zeit viel tun, um die Organisationen zu stärken. Ferner wünscht Genossin Ziehl in der nächsten Zeit eine öffentliche Frauerversammlung in den uns jetzt zur Verfügung stehenden Kammertieren. Genossin Ziehl schließt die Versammlung mit der Mahnung an die Genossen, in dieser schweren Zeit besonders zusammenzuhalten.

Sechster Wahlkreis.

Vor den zahlreich Erschienenen in der

Vogelhafer Brauerei

in Roabit sprach Ledebour. Er gliederte die sozialen Aufgaben in solche, die während des Krieges sich uns direkt aufdrängen und solche, die nach beendigtem Kriege auf uns einwirken werden. Zur ersten Kategorie zählte der Redner vornehmlich ausreichende Ernährung nicht nur jener Familien, deren Ernährer im Felde stehen, sondern auch der weiten Kreise, die arbeitslos sind. In Verbindung damit stehe die Arbeitsvermittlung. Die hierin bisher unternommenen Schritte seien bei weitem nicht ausreichend. Eine weitere Frage sei die Behebung der Mietsnot. In sehr instruktiver Weise beleuchtete der Referent diese wichtigen Aufgaben und wendete sich dann jenen zu, deren Vorbereitung jetzt schon getroffen werden müsse, um im gegebenen Augenblick bereit zu sein. Wir werden, so führte der Redner hierzu aus, nach dem Kriege genau dieselben wirtschaftlichen Kämpfe durchzuführen haben wie früher. Deshalb sei zu fordern, daß alle das Arbeiterrecht einschränkende Ausnahmestimmungen beseitigt werden. Es wäre auch nicht mehr denkbar, die ungleichmäßige Behandlung der Wähler fernherin aufrechtzuerhalten. Das Aufrollen dieser Fragen werde nach dem Kriege den bürgerlichen Kreisen und der Regierung Gelegenheit bieten, zu beweisen, daß sie ernstlich gewillt sind, ihre Worte in die Tat umzusetzen.

In der Debatte führte Schöpflin aus, in den Fragen, die jetzt brennend sind, wie die Mietsnot, hätte schon viel mehr erreicht werden können, wenn sich die Arbeiterschaft bisher nicht immer fast völlig passiv verhalten hätte. Das gleiche ließe sich bezüglich der Lebensmittelversorgung sagen. Es sei zum größten Teil die Schuld der arbeitenden Bevölkerung, wenn es bisher in Berlin der Konsumgenossenschaft nicht möglich gewesen wäre, wie in anderen Orten — Leipzig z. B. —, preisbestimmend zu wirken. Die Genossenschaftsbewegung werde aber viel zu wenig unterstützt. Er, Redner, sei der Meinung, daß der 4. August namentlich auch in der Wahlrechtsfrage einen gewaltigen Schritt vorwärts bedeute.

Ledebour trat in seinem Schlusswort den Ausführungen Schöpflins zum Teil entgegen. Er wies darauf hin, daß auch die Berliner es durchaus nicht an praktischem Handeln haben fehlen lassen; es könne natürlich, wie überall, auch hier mehr getan werden. Die langsame Entwicklung der Berliner Genossenschaftsbewegung erkläre sich aus wirtschaftlichen und historischen Gründen. Schöpflins Optimismus in bezug auf den 4. August teile er nicht.

In den

Therapsälen

war der Besuch trotz des starken Mitgliederverlustes durch die Einberufung in den Krieg ein überraschend guter. Erreicherweise hatten sich Genossinnen in größerer Zahl eingefunden. Das Thema umfachte ja auch Fragen, die für unsere Arbeiterfrauen von eminentester Bedeutung sind. Vorsitzender Frau! ersuchte zu Beginn der Versammlung, in der Diskussion von der Erörterung des Krieges sowie innerer Parteiangenheiten abzusehen, und gebachte sodann der Gesellinnen, unter anderen auch des Genossen Ludwig Franz. Der Referent, Genosse E. Eichhorn, ging hierauf auf die sozialen Wirkungen des Krieges ein, die sich in Handel, Gewerbe, Volksernährung, Mietrecht usw. geltend machen. Ausreichende und gesunde Versorgung derer, die zurückgeblieben sind, ohne daß der Schein des Almasens damit verbunden sei, sowie die Fürsorge für die große Anzahl der Arbeitslosen sind in erster Linie Forderungen, die durchaus berücksichtigt seien. Jedem Versuch, die Existenzmöglichkeit der Arbeiter unter Ausnutzung der Kriegsnöte zu verschlechtern, müsse entgegengearbeitet werden. Anerkennen müsse man ja, daß die Regierung schon soziale Maßnahmen in dieser Hinsicht unternommen hat, nötig seien aber gesetzliche Garantien, und zwar durch die Volksvertretung. Mit einem herzlich-warmen Hinweis auf unsere Brüder im Felde und einem hoffnungstreubigen Ausblick schloß Redner seinen inhaltvollen Vortrag, der mit großem Interesse und Beifall aufgenommen wurde.

In der Diskussion wünschte ein Redner, daß die Behörden gegen die Ueberstunden in jenen Betrieben eintreten möchten, für die genügend Arbeitslose vorhanden wären.

Ein anderes Bild als in Friedenszeiten umfängt uns beim Vortreten von

Frankes Festläden.

Noch ist es nicht 10 Uhr, aber schon ist der letzte Sitzplatz in dem 800 Personen fassenden Saale besetzt und trotzdem herrscht eine ernste Ruhe; nur im Flüsterton wagt man sich zu unterhalten. Große Läden hat der Krieg im arbeiterreichen Norden in den Reihen der Parteigenossen gerissen, aber desto fester scheinen sich die zurückgebliebenen zusammengeschlossen zu haben, denn noch immer kommen neue Versammlungsbesucher, und müssen mit einem Stehplatz vorlieb nehmen. Wenige Minuten nach dem festgesetzten Versammlungsbeginn kann Eduard Bernstein das Wort zu seinem Vortrage über „Die sozialen Aufgaben während des Krieges“ ergreifen.

Dieser Krieg, so führt er aus, bringt ganz andere volkswirtschaftliche Schäden mit sich wie z. B. der Krieg von 1870/71. War Deutschland damals ein in erster Linie für den eigenen Bedarf produzierender Agrarstaat, so ist es heute ein auf Ein- und Ausfuhr angewiesener Industriestaat. 22 Milliarden Mark betrug der deutsche Außenhandel im Jahre 1913. Dieser gewaltige Verkehr mit andern Ländern und Nationen ist abgeschnitten. Aber nicht allein der Außenhandel ist lahmgelegt, auch die Konsumfähigkeit im eignen Lande ist auf ein Mindestmaß zurückgegangen; Tausende stehen unter Waffen, andere Tausende können kaum das Leben fristen. Die Folge ist Arbeitslosigkeit in den Reihen der arbeitenden Klassen. Elend in den Reihen der kleinen Existenzen bis zum Mittelstand. Hier sind unendlich große soziale Aufgaben von Reich, Staat, Gemeinde und auch von den freien wirtschaftlichen Organisationen zu lösen und sind zum Teil gelöst. Einen nicht unbedeutenden Anteil an diesem Hilfswerk haben unsere Arbeiterorganisationen, in erster Linie unsere Gewerkschaften. Aber vieles ist noch zu tun, muß noch getan werden. Mit einem kräftigen Appell, den Organisationen, die jetzt, in ihrer Rücksicht und Notwendigkeit von den weitesten Kreisen unseres Volkes anerkannt, so großes leisten in diesen schweren Zeiten die Treue zu wahren und auch später weiter zu arbeiten, schloß Bernstein seine Ausführungen. Von einer Diskussion wurde Abstand genommen und mit wenigen, markigen Worten schloß der Leiter die Versammlung.

Publmanns Saal

hatten sich die in der Schönhauser Vorstadt wohnenden Parteigenossen am Dienstag sehr zahlreich versammelt. Der Referent Dr. Breitscheid legte zunächst dar, daß es in letzter Linie wirtschaftliche, in der kapitalistischen Entwicklung begründete Ursachen sind, auf die der furchtbare Krieg zurückzuführen ist, und daß es deshalb ganz verfehlt ist, nach Einzelpersonen zu suchen, deren Bosheit und Tüde die Völker gegeneinander gehetzt haben soll. In den sozialen Aufgaben im Kriege übergehend, führte der Redner aus, daß es die selbstverständliche Pflicht des Staates und der Gemeinden sei, ausreichende Fürsorge zu treffen nicht nur für die Familien der Heeresangehörigen, sondern auch für die nicht am Kriege beteiligten, die infolge des Krieges in Not geraten sind. Die Privatwohlthätigkeit werde, je länger der Krieg dauert, um so mehr verfallen. Deshalb sei die Erweiterung der öffentlichen Fürsorge: Schaffung von Arbeitsgelegenheit, und wo diese fehlt, ausreichende Unterstützung, eine dringende Notwendigkeit. Wenn jetzt die Gemeinden Arbeitslosenunterstützung gemähren und die Militärbehörden Höchstpreise für Lebensmittel festsetzen, so seien das Maßnahmen, von denen wir nur wünschen können, daß sie

erweitert werden und dauernden Bestand haben. Vor allem dürften wir aber nicht vergessen, daß der feste Zusammenhalt unserer Parteigenossen in der gegenwärtigen Zeit die Voraussetzung dafür ist, daß wir nach Abschluß des Krieges die Vorteile, die er etwa bringe, für das deutsche Volk nutzbar machen und dahin wirken, daß dieser Krieg, der größte und furchtbare der Weltgeschichte, der letzte gewesen sein wird. Wie wir jetzt unsere Pflicht daheim und im Felde tun, so kämpfen wir unablässig auch für die Menschlichkeit.

Aus Groß-Berlin.

Gegen die Verkehrseinschränkungen.

Der Unwille gegen die Verkehrseinschränkungen ist im Publikum noch sehr stark; er wird auch nicht eher weichen, bis den geäußerten Wünschen Rechnung getragen ist. Straßenbahn wie Untergrundbahn sind des Morgens überfüllt, daß kein Apfel zur Erde fallen kann, und am Tage fahren die Wagen und die Züge in so großen Abständen, daß die Personen, die befördert werden wollen, große Zeitverluste erleiden. Allgemein richten sich die Beschwerden gegen die Aufsichtsbekörden, die es doch in der Hand hätten, Abhilfe zu verlangen, denn es fehlt weder an Personal, noch an Betriebsmitteln. Eine recht heftige Beschwerde veröffentlichte jetzt auch der „Lokalanzeiger“, der sich hauptsächlich gegen die Große Berliner richtet. Es heißt da u. a.:

„So wie bisher geht es jedenfalls nicht mehr länger weiter. Der 15- bis 30-Minutenverkehr ist jetzt die Regel, und in den Stunden der lebhaftesten Verkehrsanspannung eine über alles Maß hinausgehende Ueberfüllung der Wagen der Normalzustand...“

Die Verkehrschaos werden immer größer, und die Ueberfüllung der Wagen immer unerträglicher. Man kann es täglich beobachten, daß vierzehn und sechzehn Personen auf dem Hinter- und vorn bis zwanzig Personen auf dem Vorderperson stehen und obendrein die Gänge der Wagen vollgestopft sind wie Seringstonnen. Anhängen gibt es zumeist nicht. Wer nicht mitkommt, mag weitere zwanzig Minuten warten. Sind das Verhältnisse, die einer Weltstadt würdig sind? Man hat versucht, auf die Hoch- und Untergrundbahn hinzuweisen, wo gleichfalls eine Ueberschneuerung stattgefunden habe und die Ueberfüllung der Wagen noch größer sei. Dieser Vergleich hinkt! Die Hoch- und Untergrundbahn hat zunächst einmal Bahnhöfe, die den Wartenden vor Kälte und Regen schützen, während er bei der Straßenbahn den Unilden der Witterung schonungslos preisgegeben ist. Dann aber fährt das Konstruktionsinstitut schneller, und seine Wagen sind unvergleichlich besser, breiter, bequemer, angenehmer. Schon daß das unaufhörliche Hin- und Herlaufen des knispenden Schaffners fortfällt, ist an und für sich ein Labial. Und nun beobachte man, wie jetzt bei den überfüllten Straßenbahnwagen von den hinaus- und hereindringenden Fahrgästen und dem Schaffner, der sich an dieser Menschenmauer unablässig vorbeiwirbelt, die Damen den unangenehmsten Belästigungen ausgesetzt sind! Sollen dafür die „Erklärungen“ der Direktion eine Entschädigung sein? Schnelligkeit und durchgreifende Vermehrung des Fahrpersonals — an Anwärtern kann es wahrlich nicht fehlen! — und vermehrte Einstellung von Wagen — nichts anderes kann hier helfen. Der gegenwärtige Zustand ist ein trübseliger, völliger Versagen der Verkehrsdienst der Straßenbahn, deren ganzes Kunststück das „Gruppenstehen“ ist. Hätten wir in Berlin eine parlamentarische städtische Vertretung mit Sinn und Augen für dasjenige, was Herz und Nieren der Bürgerschaft beweint, längst hätte sie mit einem Donnerwetter in diese Zustände hineinfahren müssen. Unser vortrefflicher Oberbürgermeister versteht bei allen möglichen Gelegenheiten herrliche Reden zu halten und kluge, geistvolle Worte zu sagen. Wann wird er sich in dieser Frage zum Wortführer der Bürgerschaft machen? Fährt er nie Straßenbahn? Und wo ist der Leiter der Verkehrsabteilung unseres Polizeipräsidenten? Dringt der laute Unwille der Berliner Bevölkerung nicht bis über die geweihte Schwelle seines Amtszimmers? Wir sind begierig, was nun geschehen wird.“

Was hier von der Straßenbahn gesagt wird, gilt in gleicher Weise auch für die Hoch- und Untergrundbahn, auf der die Verkehrsverhältnisse durchaus nicht besser sind als auf der Straßenbahn. Abhilfe kann, wie wir früher wiederholt dargelegt haben, durch das Verkehrsdezernat im Polizeipräsidentium geschaffen werden, indem die Verkehrsvereine im Einverständnis mit dem Verkehrsdezernat angehalten werden, wobei die verschiedenen Wünsche berücksichtigt werden könnten. Das würde im Interesse des fahrenden Publikums liegen und auch Milderung der Arbeitslosennot schaffen.

Die Mietsnot.

Angelöst ist bis heute noch die Frage, wie den Mietern in der jetzigen schweren Zeit die Wohnungsmöglichkeit zu sichern ist. Wohl sind Notgesetze geschaffen, auch hat der Justizminister eine Verfügung erlassen, welche sich auf die Räumung der Wohnungen bezieht. Aber diese Bestimmungen allein lösen die Frage nicht. Die Mieter können vielfach infolge ihrer Notlage nicht zahlen, wohnen müssen sie aber. Die Hausbesitzer müssen aber auch ihren Verpflichtungen nachkommen und können auf die Mietseinnahmen nicht verzichten. Es geht aber auch nicht an, Mietbeträge aufsummen zu lassen und später den zahlungsunfähigen Mietern das bishigen Hausrat fortzunehmen oder einzubehalten. Die Gemeinden sind aber verpflichtet, für Wohnungsmöglichkeit zu sorgen; das müssen sie schon aus armenrechtlichen Gesichtspunkten tun. Bei der jetzigen infolge des Kriegszustandes eingetretenen Mietsnot kann aber die Gemeinde diese Verpflichtungen allein auf die Dauer nicht erfüllen. Hier müssen Staat und Reich helfen. Diesen Weg zeigt auch der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion der Berliner Stadtverordnetenversammlung, der dieser bekanntlich vorliegt. Inzwischen sind solche Verhandlungen eingeleitet. Bei den Reichs- sowohl wie bei den Staatsbehörden finden zurzeit Beratungen in dieser Angelegenheit statt. Aus diesem Grunde wird der sozialdemokratische Antrag auch an diesem Donnerstag nicht verhandelt werden. Hoffen wir, daß eine baldige Lösung dieser Frage gefunden wird, die alle Teile befriedigt.

Berlins Kriegsetat.

Die Aufstellung des Etats der Stadt Berlin für das kommende Jahr wird sich unter anderen Voraussetzungen und demgemäß voraussichtlich auch in anderen Formen vollziehen als sonst. Denn es stehen diesmal im Vordergrund die besonderen Aufwendungen der Kriegsfürsorge. Insbesondere die Unterstützung der Angehörigen von Kriegsteilnehmern, welche — den Vorkauf für das Reich und die Mietsunterstützungen eingeschlossen — einen Jahresbedarf von mehr als 30 Millionen Mark ergibt. Es treten hinzu die Arbeitslosenunterstützung, die Unterstützung für städtische Arbeiter, die Steigerung der Ausgaben in der Armenverwaltung, die Ausgaben für die Versorgung mit Nahrungs-

mitteln und vieles mehr. Diese Aufwendungen werden zurzeit auf etwa 90 bis 100 Millionen Mark für das Jahr geschätzt.

Der Magistrat Berlin hatte bekanntlich mit seiner Vorlage zur Unterstützung Arbeitsloser zunächst den Betrag von je 500 000 Mark für die ersten drei Monate von den Stadtverordneten angefordert. Tatsächlich werden sich jedoch die Aufwendungen für Arbeitslose im ersten Monat auf etwa 800 000 Mark stellen. Dabei sind die Leistungen der Landesversicherungsanstalt und der Gewerkschaften nicht mitgerechnet.

### Jugendlicher Zeitungsverkäufer unter dem Straßenbahnwagen.

Schon oft haben wir uns gewundert über die Tollkühnheit der jugendlichen Zeitungsverkäufer, die ihre Zeitungen im Straßenbahnwagen verkaufen und zu diesem Zwecke die Wagen im Fahren besteigen oder von den fahrenden Wagen abspringen und sich so in schwere Lebensgefahr begeben. An der Potsdamer Brücke verlor gestern gegen 7,8 Uhr morgens der bei der Großen Berliner Straßenbahn-Werks-Gesellschaft beschäftigte Zeitungsverkäufer Selinski den Vorderradperson eines Straßenbahnwagens der Linie III während der Fahrt zu besteigen. Er glitt ab, kam zu Fall, geriet mit den Füßen unter die Schutzvorrichtung und wurde überfahren. Dem Bedauernswerten wurde das rechte Bein bis zum Knie abgetrennt, der linke Fuß schwer gequetscht. Der Verunglückte fand im Elisabeth-Krankenhaus in der Bülowstraße Aufnahme.

Bei der Art, mit der diese jugendlichen Personen ihre Zeitungen verkaufen, ist es ein Wunder, daß nicht noch mehr Unglück passiert.

### Gemeindefürsorge in Frederksdorf.

Auch die Gemeindefürsorge von Frederksdorf hat sich jetzt, nach langem Zögern und nach wiederholten Verhandlungen mit den Vertretern unserer Parteioffiziere veranlaßt gesehen, eine Kostlosunterstützung einzuführen. Da unsere Parteigenossen keinen Vertreter in der Gemeindefürsorge haben, so hatten sie beantragt, daß zwei Vertreter des Wahlvereins teilnehmen sollten an den Beratungen der Kommission, die die Kostlosaktionen vorzubereiten hatte. Dieser Vorschlag wurde von der Gemeindefürsorge abgelehnt.

An Unterstützung soll gewährt werden: für einen Familienvater 80 Pf., für die Ehefrau 25 Pf. und für jedes Kind unter 14 Jahren 10 Pf. täglich. Zur Arbeitsvermittlung hat die Gemeinde einen Arbeitsnachweis eingerichtet, in dem hauptsächlich Arbeiter für landwirtschaftliche und Erdarbeiten vermittelt werden.

Unter den Arbeitslosen befinden sich jedoch ein großer Teil Handarbeiter, die diese Arbeiten höchstens einige Tage ausführen können. Dann tritt aber dasselbe ein, was wir kürzlich schon von Mariendorf berichtet, die Unterstützungsbetätigung wird den Arbeitslosen angedroht.

Wegen einer Explosion wurde gestern die Feuerwehr nach der Benzinmischeret von Kolone u. Wenzel, Blumenstr. 88, gerufen. Zwei verletzte Personen mußten ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen. Ein Kalandar war total zertrümmert.

**Volkshauskassen in Neukölln.** Sonnabend, den 10. Oktober, abends 8 Uhr, findet in der Aula der Realschule in der Vordammstraße der nächste Volkshausabend statt. Eintrittskarten a 10 Pf. sind in den durch die Plakate bekannt gemachten Verkaufsstellen zu haben.

### Charlottenburger Gewerkschaftskommission.

Da der Obmann der Kommission im Felde steht, so sind vorläufig alle Auditionen an den Stellvertreter Otto Hemming, Realschulstr. 13, zu richten. Auch unter den Gewerkschaftsfunktionären ist infolge des Krieges ein erheblicher Wechsel vor sich gegangen. Die Adressen der neuen Funktionäre sind der Kommission noch nicht bekannt, deshalb werden diesmal ausnahmsweise die Gewerkschaftsvertreter öffentlich zu einer Sitzung eingeladen, die am Freitag, den 9. Oktober er., abends 8 Uhr, im Volkshaus, Rosinenstr. 3, stattfindet.

Die Zahl und Meldestelle für Unterstützungsberedigte zum Heeresdienst Einderufenen (Steuerklasse 18A) für den Wedding, Stadtbl. 305-308E und 310A-314D, befindet sich jetzt in der Barackenschule zwischen Schul- und Magarethkirchstraße, Eingang Magstraße.

Das Kohlpfand von Groß-Berlin wird am 8. Oktober weiter ausgedehnt. Mit diesem Tage erhalten die Postämter N. 113 in der Bornholmer Straße und Berlin-Pankow 2 in der Berliner Straße Kohlpfandbetriebe. Angenommen werden Kohlpfandbetriebe täglich im Sommerhalbjahr von 7 Uhr, im Winterhalbjahr von 8 Uhr morgens bis 10 Uhr abends.

Verloren hat ein verwundeter, kürzlich wiederhergestellter Landwehrmann bei der Durchkreuzung ein Portemonnaie mit seinen gesamten Ersparnissen. Der Soldat benutzte die Linie V zu einer Fahrt von Friedenau, Pantow bis nach der Bäckerstraße, um einen Freund zu besuchen, den er aber nicht antraf. Bei der sofort wieder angetretenen Rückfahrt vermißte er das Geld.

Etwaige Nachrichten über den Verbleib des Geldes sind an G. Schandt, Friedenau, Bagstr. 9, zu richten.

## Gewerkschaftliches.

### Arbeitslosenunterstützung durch Gewerkschaften und Gemeinden.

Während die Gewerkschaften die größten Anstrengungen machen, um durch ihre Unterstützungen die Arbeitslosen vor der größten Not zu schützen, ist bei vielen Gemeinden immer noch eine anscheinend große Verständnislosigkeit gegenüber der jetzt bestehenden sozialen Not anzutreffen. Fehlen uns auch vorläufig noch Angaben über den Umfang der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit im allgemeinen und über die Gesamtleistungen unserer Gewerkschaften an Arbeitslosenunterstützung, so läßt sich doch schon an einzelnen Beispielen ermessen, welche Anforderungen an die Gewerkschaften bei der Unterstützung der Arbeitslosen gestellt werden. In der Berliner Zahlstelle des Metallarbeiterverbandes waren in der Woche vor dem Krieg auf dem Arbeitsnachweis 5001 Arbeitslose gemeldet. In der ersten Kriegswache stieg die Zahl auf 9169, in der zweiten Woche auf 11 360, in der dritten Woche auf 11 405. Seitdem hat die Zahl der Arbeitslosen etwas nachgelassen, ist jedoch immer noch fast doppelt so hoch wie in der letzten Woche vor dem Kriege. Während in der letzten Woche vor Beginn des Krieges 25 571,20 M. inkl. des Sozialzuschlags für Arbeitslose ausgegeben wurden, stieg die Summe in der zweiten Kriegswache auf 72 573,05 M. Dabei muß noch beachtet werden, daß die Metallindustrie nicht am schwersten unter der durch den Krieg verursachten Arbeitslosigkeit zu leiden hat; zwar liegen einzelne Berufe, die Luxusartikel anfertigen und auf den Export angewiesen sind, total darnieder, andere dagegen, besonders solche, die für den Heeresbedarf fabrizieren, sind sehr stark beschäftigt.

Demgegenüber dürfte wohl erwartet werden, daß auch die Behörden in einer den Verhältnissen entsprechenden

Weise das Ihrige zur Behebung der Notlage, in der sich die Arbeitslosen befinden, beitragen. Leider ist das in dem Maße, wie es billigerweise verlangt werden kann, nicht überall der Fall. In Groß-Berlin bildet z. B. die Stadt Berlin eine Ausnahme, die schließlich das tut, was im Augenblick getan werden kann.

Geradezu unverständlich ist es, was die Vororte Groß-Berlins in Verabredung mit der Landesversicherungsanstalt Brandenburg und dem Provinziallandtag zu tun beabsichtigen. Der Provinziallandtag hat vor wenigen Tagen beschlossen, den Gemeinden, die an Arbeitslose Unterstützung zahlen, 25 Prozent ihrer Ausgaben zurückzuerstatten; auch die Landesversicherungsanstalt Brandenburg beschloß das gleiche.

So sahien der Weg frei für ein Zusammenarbeiten zwischen Kommunen und Gewerkschaften. Da stellte sich mit einem Male ein Hindernis ein durch eine Anordnung des Ausschusses der Provinz Brandenburg, wonach die Unterstützung der Gemeinden nicht generell jedem in den Gemeinden wohnenden Arbeitslosen gegeben werden dürfe, sondern die Gemeinden sollten bei jedem Unterstützungsfall prüfen, ob eine „Bedürftigkeit“ vorliegt. Wenn die Gemeinden das nicht täten, würden ihnen die 25 Proz. Zuschuß nicht gezahlt. Weiter ist beabsichtigt, in allen den Fällen, in denen die Gewerkschaften den Arbeitslosen Unterstützung zahlen, diese bei der Prüfung der Bedürftigkeit durch die Gemeinden voll in Anrechnung zu bringen. Das heißt also, wenn die Unterstützungen der Gewerkschaften so hoch oder höher sind, als die Sätze, die die Gemeinden den Arbeitslosen geben wollen, dann lehnt die Gemeinde jedwede Unterstützung ab, und wenn die Sätze, die die Gewerkschaften zahlen, niedriger sind als die Sätze, die die Gemeinde zahlen will, dann legen die Gemeinden nur formal zu, daß damit die Sätze der Gemeinden erreicht werden.

Um das zu verstehen, sei daran erinnert, daß die Gemeinden verschieden zahlen. Berlin zahlt z. B. an Arbeitslose, die Kinder unter 14 Jahren haben, 5 M., an Arbeitslose, die keine Kinder haben, 4 M. Andere Gemeinden zahlen an Verheiratete 6 M., an Unverheiratete 4,50 M. Aus diesen Zahlen ist zu ersehen, in welchem Maße den Gewerkschaften die Lasten für die Arbeitslosen auferlegt werden.

Wie groß schon die Last ist, die die Gewerkschaften allein in Berlin übernehmen, bei einem Verhältnis, wie es zwischen der Stadt Berlin und den Gewerkschaften besteht, geht aus folgender Zusammenstellung hervor: Wenn wir zwölf Personen aus den einzelnen Unterstützungsklassen des Metallarbeiterverbandes nehmen, die in der Stadt Berlin wohnen und die Gewerkschaftsunterstützung und Gemeindeunterstützung gegenüberstellen, so ergibt sich folgendes: Es erhält

	vom Verband	von der Stadt Berlin
eine männliche Person . . .	12,00 M.	—
„ „ „ „ „ „ „ „ „	11,00 „	1,00 M.
„ „ „ „ „ „ „ „ „	10,00 „	2,00 „
„ „ „ „ „ „ „ „ „	9,00 „	3,00 „
„ „ „ „ „ „ „ „ „	8,00 „	4,00 „
„ „ „ „ „ „ „ „ „	7,00 „	3,50 „
weibliche „ „ „ „ „	6,00 „	3,00 „
„ „ „ „ „ „ „ „ „	5,50 „	2,75 „
„ „ „ „ „ „ „ „ „	5,00 „	2,50 „
„ „ „ „ „ „ „ „ „	4,50 „	2,25 „
„ „ „ „ „ „ „ „ „	4,00 „	2,00 „
„ „ „ „ „ „ „ „ „	3,50 „	1,75 „
Zusammen 85,50 M.		27,75 M.

Die Stadt Berlin zahlt also bei 12 Organisierten, die vom Verband Unterstützung bekommen, 27,75 M. gegen 85,50 M., die der Metallarbeiterverband zahlt. Welche Erleichterung das für die Stadt darstellt, kann man sich schnell ausrechnen. Zwölf Unorganisierte würden, wenn sechs von ihnen Kinder zu unterhalten haben, 54 M. bekommen, ja selbst wenn alle zwölf keine Kinder zu unterhalten hätten, würde die Stadt Berlin doch noch 48 M. zu zahlen haben, also mindestens 20,25 M. mehr als sie an 12 Organisierte zahlen muß.

Gleiche Ersparnisse würden die Vororte machen, wenn sie so wie Berlin mit den Gewerkschaften Hand in Hand arbeiten. Da das aber, wie es scheint, nicht beabsichtigt wird, werden die Gewerkschaften wahrscheinlich auch keine Veranlassung nehmen, die bisherigen gewaltigen Anstrengungen noch weiter zu machen, um den Arbeitslosen zu helfen. Deshalb hat eine Verammlung von Vertretern der freien, christlichen und kirchlich-Dunderschen Gewerkschaften beschlossen, sofern die Vororte ihre Taktik nicht ändern, wollen die Vorstände der Organisationen in Erwägung darüber eintreten, ob in den in Betracht kommenden Gemeinden nicht die Gewerkschaftsunterstützung ganz aufzuheben ist.

Eine Anzahl Gewerkschaften könnten sofort ihre Unterstützungen einstellen. Andere Gewerkschaften könnten dies mit Ablauf der Frist, die das Statut bestimmt, tun; das dürfte selbst für die Gewerkschaften, die die weitgehendste Unterstützungsfrist haben, schon in einigen Wochen der Fall sein. Und dann schicken die Gewerkschaften ihre Arbeitslosen zu den Gemeinden, damit diese weiter für die Staatsbürger sorgen. Gemeinden und Provinzialbehörden können dann praktisch erproben, ob sie bei dieser Art der Erledigung ihrer sozialen Pflicht besser fahren.

### Berlin und Umgegend. Aus der Holzindustrie.

In gemeinsamer Sitzung von Vertretern der Arbeitgeber- und Arbeiterorganisationen der Holzindustrie wurde über Maßnahmen beraten, durch die eine Herabsetzung der schwer unter der Kriegszeit leidenden Gewerbes herbeigeführt werden könne. Der Vertreter der Arbeitgeberorganisationen, Herr Obermeister Kahardt, führte einleitend aus, daß er bereits im Ministerium für öffentliche Arbeiten vorstellig gewesen sei, um eventuell zu erwirken, daß die Regierung der Holzindustrie durch Zwangnahme größerer Arbeiten etwas aufhelfe. Irigendwelche Zustimmung sei ihm nicht gemacht, doch wolle man der Frage näher treten.

Daß es Pflicht der Regierung sei, während des Krieges alle Möglichkeiten ins Auge zu fassen um Arbeit zu schaffen und dadurch die bestehende große Arbeitslosigkeit zu mildern, wurde von allen Seiten betont. Aber auch die Gemeinden Groß-Berlins sollen erachtet werden, die Disallerarbeiten für die städtischen Bauten in Groß-Berlin anfertigen zu lassen und nicht eines etwas geringeren Preises wegen nach auswärtig zu vergeben. Hierbei wurden einige der größten Vorortgemeinden genannt, die auswärtigen Firmen ihrer Billigkeit wegen den Vorzug gegeben haben. Die Vertreter der beiderseitigen Organisationen einigten sich dahin, durch eine Subkommission alles einschlägige Material zusammenstellen und den Reichs-, Staats- und städtischen Behörden zugehen zu lassen, um diesen die mangelnde Lage der Holzindustrie vor Augen zu führen und Anregung für Arbeitsbeschaffung zu geben. Die beiderseitigen Organisationsvertreter sollen, wenn sie es für möglich erachten, bei den verschiedenen Behörden vorstellig werden.

Um eine möglichst große Anzahl Holzarbeiter zu beschäftigen, erklärten sich die Vertreter der Arbeitgeber gern bereit, ihren Kollegen

nachdrücklich die Verfürgung der Arbeitszeit zu empfehlen. Bei Aufträgen, bei denen kurze Lieferungsfristen vorgeschrieben werden, soll dem, soweit es irgend möglich ist, entgegengetreten werden, besonders bei Arbeiten für öffentliche Bauten, deren Fertigstellung nicht gerade dringend erforderlich ist.

Die Vertreter des Arbeitgeberverbandes legten nach Anregung durch die Vertreter des Holzarbeiterverbandes besondere Wert darauf, zu erklären, daß auch bei veränderter Arbeitszeit die Lohn- und sonstigen Arbeitsbedingungen nach den Bestimmungen des für die Holzindustrie abgeschlossenen Vertrages eingehalten werden müßten und sie es für ihre Pflicht hielten, darauf zu achten, daß der Vertrag nicht umgangen werde.

## Soziales.

### Der Ausgleichsrevers.

Ein Münchener Geschäftsinhaber hatte vor dem dortigen Kaufmannsgericht mit einer Lageristin, die ihn verklagte, einen Vergleich dahingehend geschlossen, daß er ihr als Abfindung noch 45 M. zahlt. Nach Abschluß dieses vorbehaltlos geschlossenen Vergleichs fand sich im Geschäft des Kaufmanns ein Revers an, in dem die Lageristin auf alle Ansprüche verzichtete. Auf Grund dieses Ausgleichsreverses löst der Geschäftsinhaber den vor Gericht geschlossenen Vergleich an. Das Schriftstück sei veröffentlicht in das Aktienbuch einer gleichnamigen Gehilfin gekommen. Hätte er vorher von der Verzichtleistung der Klägerin Kenntnis gehabt, dann hätte er sich zur vergleichsweisen Zahlung von 45 M. nicht verstanden.

Das Kaufmannsgericht hielt die Anfechtung des Vergleiches für unberechtigt und wies darum den Kaufmann ab. Eine Anfechtung, so heißt es in der Begründung, aus dem Grunde, weil sich nachträglich ein Ausgleichsrevers vorgefunden hat, ist nicht durchgreifend. Die Voraussetzungen für Anwendbarkeit des § 119 des Bürgerlichen Gesetzbuchs fehlen. Der Kaufmann hat selbst zugegeben, daß jeder Angestellte beim Ausschreiben eines Ausgleichsreverses unterschreiben muß, er wußte auch, daß mehrere Angestellte namens B. in seinem Geschäft sind. Es wäre seine Pflicht gewesen, vor Eingeben eines vorbehaltlos geschlossenen Vergleichs sich zu überzeugen, ob ein solcher Revers in seinem Besitze ist.

### Gegen Bauwindel.

Das Ober-Verwaltungsgericht erkannte am Montag auf Unterlagung des Baugewerbes auf Grund der zum Schutz der Handwerker und Arbeiter erlassenen gesetzlichen Schutzvorschriften.

Auf eine Klage des Polizeipräsidenten zu Schneberg hatte der Bezirksamtsauschuss dahin erkannt, daß dem Bauunternehmer Ferdinand Faust der Gewerbebetrieb als Bauunternehmer und Bauleiter zu unterliegen sei.

Das Ober-Verwaltungsgericht bestätigte das Urteil. Es erachtete moralische und finanzielle Unzuverlässigkeit für festgestellt. Die moralische Unzuverlässigkeit erkannte der Senat aus einer Reihe von Straffällen, die in die Zeit von 1888 bis 1903 fallen. Die finanzielle Unzuverlässigkeit sei dadurch ganz klar bewiesen, daß Vellagter den Offenbarungseid geleistet und Schulden gemacht habe, sowie außerdem bei der Bauberufsgenossenschaft und der Krankenkasse mit Beiträgen im Rückstand geblieben war. Den Antrag auf Klageerhebung hatte die Berufsgenossenschaft gestellt, nachdem es ihr nicht gelungen war, Beiträge oder Vorkäufe einzubekommen. — Das Gericht betonte noch in der Urteilsbegründung, daß nach Lage der Sache die Unterlagung des Gewerbebetriebes geboten sei, damit diejenigen geschützt würden, die sich eventuell geschädigt an G. wenden.

Im Interesse der Arbeiter und Handwerker liegt mögliche Verhinderung des Bauwindels. Das gefällte Urteil bewegt sich in der Richtung für solchen Schutz.

## Aus Industrie und Handel.

### Ein falsches Gerücht.

Amlich, Berlin, 7. Oktober. (B. Z. V.) Nach vorliegenden Mitteilungen wird aufsehend von englischer oder französischer Seite in Italien das Gerücht genährt, daß deutsche Firmen durch die Reichsregierung veranlaßt würden, ausländische Gläubiger mit Kriegsanleihe zu bezahlen. Die Kriegsanleihe ist im Inland aufgebracht; schon aus diesem Grunde entfällt jedes Interesse für die Regierung, das Ausland daran zu beteiligen.

## Kleine Nachrichten.

### 4000 Opfer der Erdbebenkatastrophe.

Nach einem Telegramm aus Konstantinopel dauern die Erderschütterungen in der Gegend von Buzdur und Sparta fort. Nach neueren Nachrichten sind von 5000 Häusern in Sparta 3000 völlig zerstört, die übrigen sind unbewohnbar. Die Zahl der Toten in Sparta und Umgegend beträgt 1500; damit steigt die Gesamtzahl der Opfer auf mehr als 4000.

### Eingegangene Druckschriften.

Heft 1 der „Neuen Zeit“ vom 2. Oktober, mit dem der 33. Jahrgang 1. Band beginnt, hat folgenden Inhalt: Die Sozialdemokratie im Kriege. Von Karl Kautsky. — Erinnerungen aus dem Kriegsjahre 1870. Von Franz Redring. — Die Internationale und der Bürgerkrieg. Von Karl Kautsky. — Einige ungedruckte Briefe Lassalles an Marx. Von Eduard Bernstein. — Krieg und Presse. Von Ernst Däumig. — Revolution: Das Unterleibool. Von Richard Woldt. — Anzeige: Das Recht während des Krieges.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 3, vierter Hof, rechts, portiere, am Montag bis Freitag von 3 bis 6 Uhr, am Sonnabend von 3 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Eintrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementquittung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Fragen trage man in der Sprechstunde vor.

N. O. 367. Ja. — R. O. 1895. Die Klage würde Unstich auf Erfolg haben. Sie müßten rechtzeitig den Bedingungen der Versicherungspolice entsprechend kündigen. — Louise L. Wegen Herzkrankheit vorläufig untauglich. — W. 93. Ja. — B. O. R. 6. Ihr Kind hat einen Anspruch auf die gesetzliche Unterstützung, falls es ein eheliches ist. Wenden Sie sich an den Kreisamtsauschuss und beantragen Sie Rückzahlung vom August ab. Sollte das auch keinen Erfolg haben, so wenden Sie sich an den Oberbesitzhaber in den Marken. — 1000. S. A. einen Vorwand brauchen Sie nicht. Lassen Sie sich vom Kriegsministerium (Dorotheen-Adel-Neue Wilhelmstraße) eine Erkundung geben und beantragen Sie beim Bezirkskommando Stiven- und Ballenrente. Dem Antrag ist die Sterberunde und die Heiratsurkunde beizufügen. — Helene R. Wiederholt haben wir die Fälle niedriger gedrängt. Sie müssen in jedem einzelnen Fall gegen die falsche Veranlagung wieder reklamieren. — M. R. 61. Ja. — B. O. 40. Uns nicht bekannt. Die Bezeichnung wahrscheinlich falsch wiedergegeben. — Geering. Nach den neuesten Forschungsergebnissen nein.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Freitagmittag: Regen, Wind. Im Südwesten vorwiegend heiter und trocken; im Ober- und im Küstengebiet vielfach wolfig mit einzelnen Niederschlägen.